

Unterrichtung
durch die Landesregierung

FINANZPLAN
DES
LANDES
BRANDENBURG

2004 bis 2008

FINANZPLAN
DES
LANDES
BRANDENBURG

2004 bis 2008

Februar 2005

Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg

| | |
|--|-----------|
| 1. Einleitung..... | 3 |
| 2. Entwicklung der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bis 2003..... | 5 |
| 2.1 Ausgaben der laufenden Rechnung..... | 5 |
| 2.1.1 Entwicklung der Personalausgaben in den Jahren 2001 – 2003..... | 7 |
| 2.1.2 Laufender Sachaufwand..... | 8 |
| 2.1.3 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen..... | 9 |
| 2.2 Entwicklung des Saldos der laufenden Rechnung..... | 10 |
| 2.3 Schuldenstand, Nettokreditaufnahme und Zinsen..... | 13 |
| 3. Haushaltstrukturunterschiede zwischen Brandenburg und den finanzschwachen westlichen Flächenländern..... | 15 |
| 4. Rechtsbindungsgrad des Haushaltes..... | 19 |
| 5. Eckpfeiler des brandenburgischen Konsolidierungskurses..... | 22 |
| 6. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in den Finanzplanungsjahren 2004 – 2008. . . | 25 |
| 6.1 Einnahmen im Finanzplanungszeitraum..... | 25 |
| 6.1.1 Entwicklung der Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Ergänzungszuweisungen des Bundes..... | 26 |
| 6.1.2 Zweckgebundene Zuweisungen des Bundes..... | 27 |
| 6.1.3 Zweckgebundene Zuweisungen der Europäischen Union..... | 29 |
| 6.1.4 Entwicklung der Nettokreditaufnahme (NKA) und des Schuldenstandes..... | 30 |
| 6.2 Die Ausgaben des Landes im Finanzplanungszeitraum..... | 31 |
| 6.2.1 Personalausgaben..... | 31 |
| 6.2.2 Sächliche Verwaltungsausgaben..... | 32 |
| 6.2.3 Entwicklung der Ausgaben für den Schuldendienst..... | 33 |
| 6.2.4 Ausgaben für laufende Zuweisungen und Zuschüsse..... | 33 |
| 6.2.5 Investitionsausgaben..... | 35 |
| 6.2.6 Globale Minderausgabe..... | 36 |
| 7. Finanzbeziehungen des Landes Brandenburg zu den Kommunen..... | 37 |
| ANHANG..... | 40 |
| Rechtliche Grundlagen der Finanzplanung..... | 40 |
| Abkürzungsverzeichnis..... | 41 |
| <u>TABELLENANHANG.....</u> | <u>42</u> |

1. Einleitung

Die Regierungserklärung vom Oktober 2004 unterstreicht den politischen Willen der Landesregierung, den Konsolidierungskurs, der seit Jahren die Haushaltspolitik des Landes prägt, unvermindert fortzuführen. Es besteht Einigkeit darüber, dass „der eingeschlagene Konsolidierungskurs zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der Politik zwingend notwendig ist und konsequent fortgesetzt werden muss“. Dieser Kurs der kontinuierlichen Verminderung der Nettokreditaufnahme wird nur möglich sein, wenn es in den kommenden Jahren gelingt, die Ausgaben des Landes durch strukturelle Veränderungen weiter zu reduzieren. Von einer Schließung der Deckungslücken allein aufgrund einer grundlegenden Veränderung der Einnahmeentwicklung kann hingegen insbesondere aus zwei Gründen nicht ausgegangen werden:

- Nach drei Jahren wirtschaftlicher Stagnation hat sich die deutsche Wirtschaft im Jahr 2004 gegenüber den Vorjahren moderat erholt. Getragen von einer dynamischen Exportentwicklung wuchs im Jahr 2004 nach ersten vorläufigen Berechnungen das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7%. Gestützt wurde dieser Anstieg durch die sehr dynamische Entwicklung in der Exportwirtschaft. Allerdings hinkt der private Konsum nach wie vor hinterher. Zu groß ist offensichtlich noch die Verunsicherung der Konsumenten. Für das Jahr 2005 wurden die Prognosen von den Wirtschaftsforschungsinstituten – mit Ausnahme des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung – wieder gesenkt. Mehrheitlich vertreten sie die Auffassung, dass selbst das vom Sachverständigenrat unterstellte reale BIP-Wachstum von 1,5% als zu optimistisch einzuschätzen ist. So hat das Institut für Weltwirtschaft Kiel seine Konjunkturprognose für 2005 auf 0,8% reales BIP-Wachstum verringert. Auch in mittlerer Frist ist nicht von einer entscheidenden Trendwende auszugehen, da sich nach Berechnungen von Wirtschaftswissenschaftler die langfristigen Wachstumsaussichten der deutschen Wirtschaft mittel- und langfristig verschlechtert haben. Für eine auf Konsolidierung angelegte Haushaltspolitik bedeutet dies, dass der Haushaltsausgleich in erster Linie über eine Verringerung der Ausgaben erfolgen muss.
- Hinzu kommt, dass sich nicht zuletzt infolge der Degression der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ) die Finanzausstattung des Landes an westdeutsche Verhältnisse anpassen wird. Verfügt Brandenburg – wie die übrigen neuen Länder auch – derzeit über eine Finanzausstattung, die um gut ein Drittel über dem Niveau in den finanzschwachen westdeutschen Flächenländern (WFL) Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Saarland liegt, so wird sich dieses überdurchschnittliche Niveau bis 2020 dem niedrigeren Ausstattungsgrad der westdeutschen Vergleichsländer annähern. Vor diesem Hintergrund müssen in der Finanzplanungsperiode bis 2008 die Weichen für eine deutliche Reduktion des Ausgabenniveaus und für die Anpassung der Ausgabenstrukturen gestellt werden.

Die aktuelle Finanzplanung 2004 – 2008 zeigt auf der Grundlage von Momentaufnahmen der

wirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Entwicklungen die aktuellen Herausforderungen an die Haushaltspolitik in den kommenden Jahren auf. Sie gibt in diesem Sinne Hinweise auf zukünftigen Handlungsbedarf, ohne jedoch Haushaltsverhandlungen zu ersetzen oder den verbindlichen Grad eines Haushaltsgesetzes zu besitzen.

Die Zahlenangaben im Text basieren auf den Daten des Haushaltsplanes 2004 (einschl. Nachtrag) und dem Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2005/2006 vom 01. Februar 2005 einschl. der darin verabschiedeten Eckzahlen für die Finanzplanungsjahre 2007 und 2008.

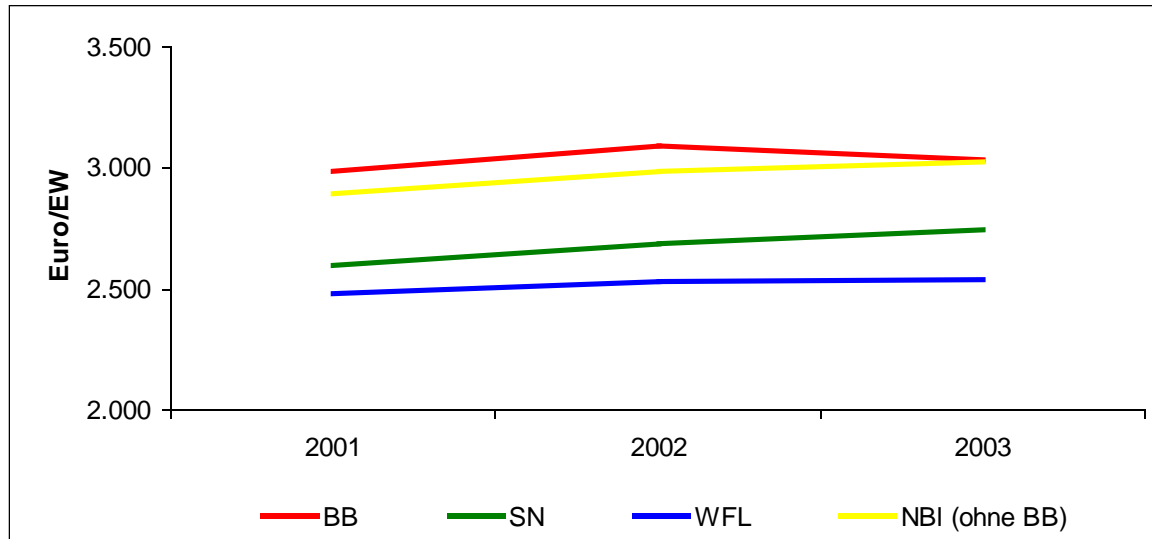
2. Entwicklung der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bis 2003

Anhand wichtiger finanzwirtschaftlicher Eckpunkte sollen die Rahmenbedingungen künftiger brandenburgischer Haushaltspolitik beleuchtet werden. Sie stellen einen Ausgangspunkt zukünftiger haushaltspolitischer Entscheidungen dar.

2.1 Ausgaben der laufenden Rechnung

In der Systematik des Finanzplanungsrates werden unter den laufenden Ausgaben alle konsumtiven Ausgaben zusammengefasst. Hierzu zählen die Personalausgaben, der laufende Sachaufwand, Zinsausgaben sowie die laufenden Zuweisungen an Dritte und Schuldendiensthilfen. Die Darstellung der Entwicklung der laufenden Ausgaben liefert einen wichtigen Hinweis hinsichtlich der bislang erzielten Fortschritte des Konsolidierungsprozesses.

Abbildung 1: Entwicklung der laufenden Ausgaben 2001 – 2003 je Einwohner

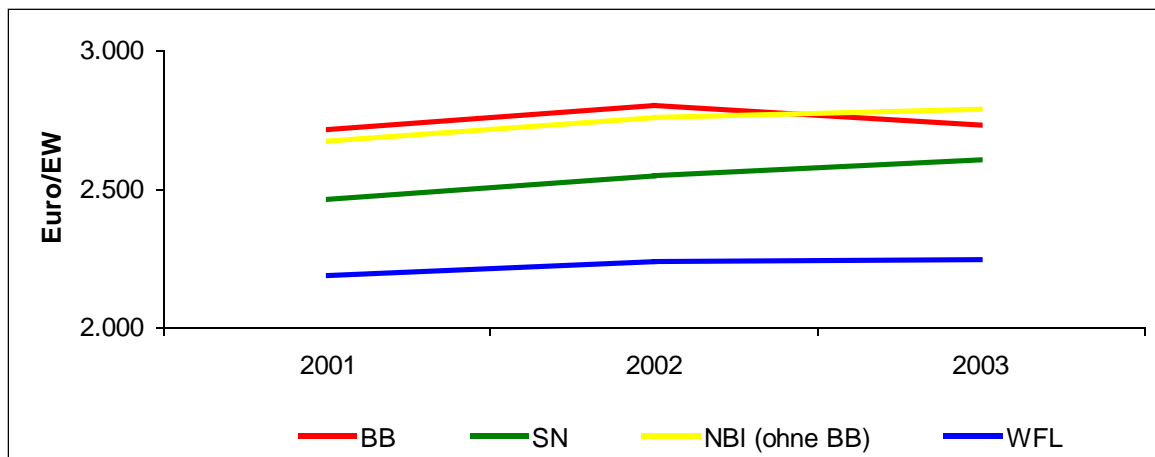


Die Kurvenverläufe zeigen, dass sich die laufenden Ausgaben bis zum Jahr 2003 in Brandenburg unterdurchschnittlich entwickelt haben. Während sie in Sachsen zwischen 2001 und 2003 um insgesamt 5,6% gestiegen sind, nahmen die laufenden Ausgaben in Brandenburg im gleichen Zeitraum nur um 1,5% zu. Im Jahr 2003 wurden aus dem Landeshaushalt Brandenburgs je Einwohner Ausgaben in Höhe von 3.035 Euro geleistet. Der Durchschnitt in den

neuen Ländern (ohne Brandenburg) belief sich im Jahr 2003 auf 3.025 Euro.

Noch deutlicher werden die bislang erzielten Fortschritte des Konsolidierungskurses, wenn die laufenden Ausgaben, wie in Abbildung 2, um die Zinsausgaben bereinigt werden.

Abbildung 2: Entwicklung der zinsbereinigten, laufenden Ausgaben je Einwohner



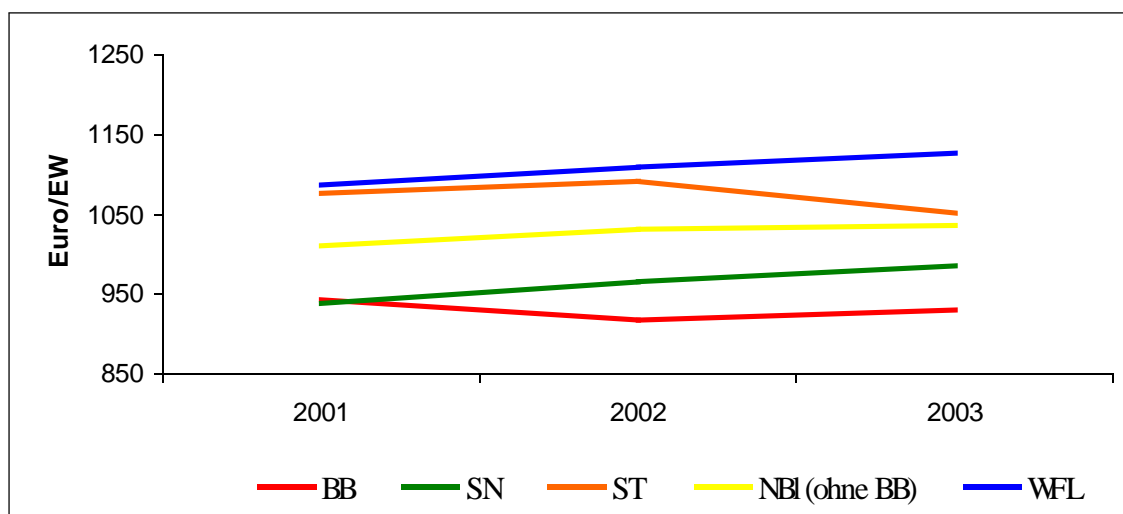
Während die so definierten Ausgaben in den Vergleichsländern deutliche Zuwachsraten aufweisen, stagnierten sie in Brandenburg. So sind diese Ausgaben in den Jahren 2001 bis 2003 in Sachsen um rd. 5,8% gestiegen, während der Anstieg in Brandenburg sich im gleichen Zeitraum auf lediglich rd. 0,6% belief. In absoluten Zahlen: die um Zinsen bereinigten Ausgaben Sachsens sind zwischen 2001 und 2003 je Einwohner von 2.494 auf 2.607 Euro, in Brandenburg jedoch nur von 2.716 im Jahr 2001 auf 2.732 Euro angestiegen. Dies bedeutet, dass die den Konsumausgaben innewohnende Dynamik aufgrund von unvermeidlichen Ausgabensteigerungen (z.B. wegen Tarifierhöhungen) in den letzten Jahren in Brandenburg deutlich gebremst werden konnte.

Was sich hier in der Gesamtentwicklung der laufenden Ausgaben zeigt, spiegelt sich auch in einzelnen Positionen wider.

2.1.1 Entwicklung der Personalausgaben in den Jahren 2001 – 2003

Mit der Einführung von Instrumenten der modernen Haushaltsführung wie Budgetierung und Flexibilisierung ist es aufgrund der damit verbundenen Auslagerungen und Globalisierung von Haushaltsansätzen zunehmend schwieriger geworden, die Ausgaben der Länder für Personal zu vergleichen. So wurden im Jahr 2003 allein in Brandenburg aufgrund der bisherigen Strukturveränderungen Personalausgaben in einer Höhe von rd. 346 Mio. Euro in die Hauptgruppe 6 (Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen) „umgebucht“. Angaben über gleichartige Auslagerungen in den anderen Bundesländern liegen nicht vor. Da aber eine geeignetere Vergleichsbasis für Personalausgaben nicht vorhanden ist, wird dennoch auf die Hauptgruppe 4 zurückgegriffen.

Abbildung 3: Entwicklung der Personalausgaben 2001 – 2003 je Einwohner



Trotz der beschriebenen eingeschränkten Aussagekraft zeigt der Verlauf der Kurven, dass trotz Tarifsteigerungen die Entwicklung der Personalausgaben in Brandenburg stabilisiert werden konnte, während sie in den übrigen Ländern mit Ausnahme Sachsen-Anhalts kontinuierlich angestiegen sind. Die Entwicklung in Sachsen-Anhalt wird durch den schon im Jahr 2003 mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Sozialtarifvertrag „verzerrt“, der erst im Jahr 2004 in Brandenburg in Kraft getreten ist. Je Einwohner werden in Brandenburg 930 Euro für Personalausgaben geleistet, in den übrigen neuen Ländern (ohne BB) werden rd. 1.036 Euro je Einwohner, in den WFL 1.127 Euro ausgegeben. Zu Buche schlägt zugunsten der neuen Länder das deutlich unterdurchschnittliche Niveau der Versorgungsausgaben.

Während in den WFL im Jahr 2003 je Einwohner rd. 236 Euro für Versorgungslasten ausgegeben wurden, beliefen sich diese Ausgaben in den neuen Ländern im Jahr 2003 auf lediglich 9 Euro. Nimmt man die Ausgaben je Einwohner für das aktive Personal als Beurteilungsmaßstab, wird der deutliche Personalüberhang in den neuen Ländern deutlich. Während in den WFL je Einwohner 891 Euro ausgegeben wurden, beliefen sich die Ausgaben für das aktive Personal in den neuen Ländern (einschl. BB) auf 1.007 Euro.

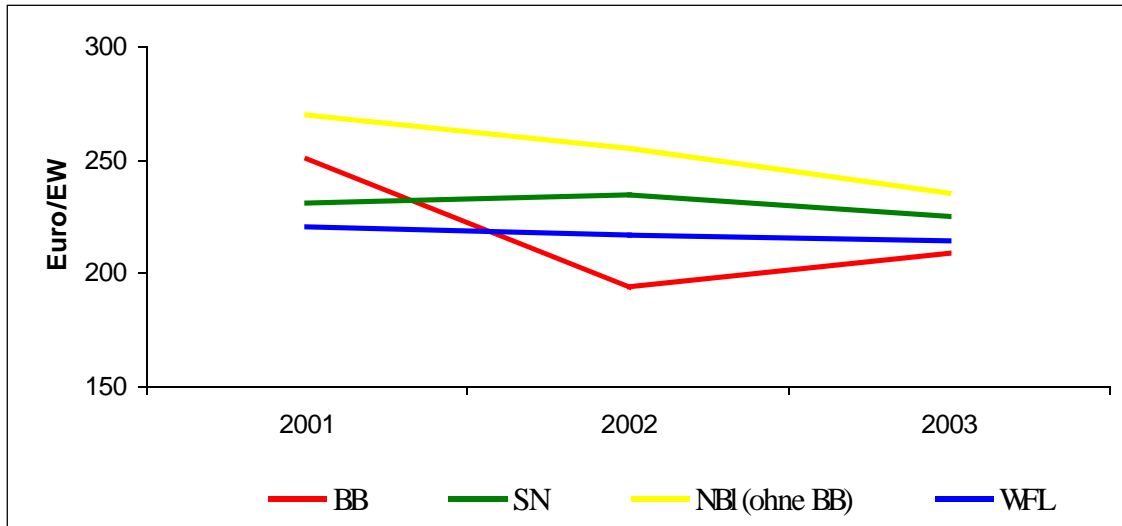
Für Brandenburg bedeutet dies, dass der Personalüberhang trotz des deutlichen geringeren Osttarifs Mehrausgaben in der Hauptgruppe 4 in Höhe von rd. 80 Mio. Euro im Vergleich zu den WFL verursacht. Tatsächlich dürften die Personalmehrausgaben Brandenburgs jedoch höher liegen, wenn die in der Hauptgruppe 6 verbuchten Personalausgaben mit berücksichtigt würden. Aussagen hierüber sind jedoch nicht möglich, da Angaben über ausgelagerte Personalausgaben in den westdeutschen Vergleichsländern nicht vorliegen.

2.1.2 Laufender Sachaufwand

Zu den Ausgaben des laufenden Sachaufwandes zählen auch die sächlichen Verwaltungsausgaben, die vor allem der Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes dienen. Hierzu zählen Ausgaben zur Unterhaltung der Gebäude und Straßen, Büroausstattung und –materialien, Heiz- und Stromkosten, Telefonkosten usw..

Die Ausgaben in diesem Bereich sind in den letzten Jahren allgemein zurückgeführt worden, wie nachfolgende Abbildung zeigt. Brandenburg ist es dabei gelungen, die sächlichen Verwaltungsausgaben unter das Niveau von Sachsen und den finanzschwachen westdeutschen Flächenländern abzusenken.

Abbildung 4: Ausgaben für laufenden Sachaufwand 2001 – 2003 je Einwohner



2.1.3 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen

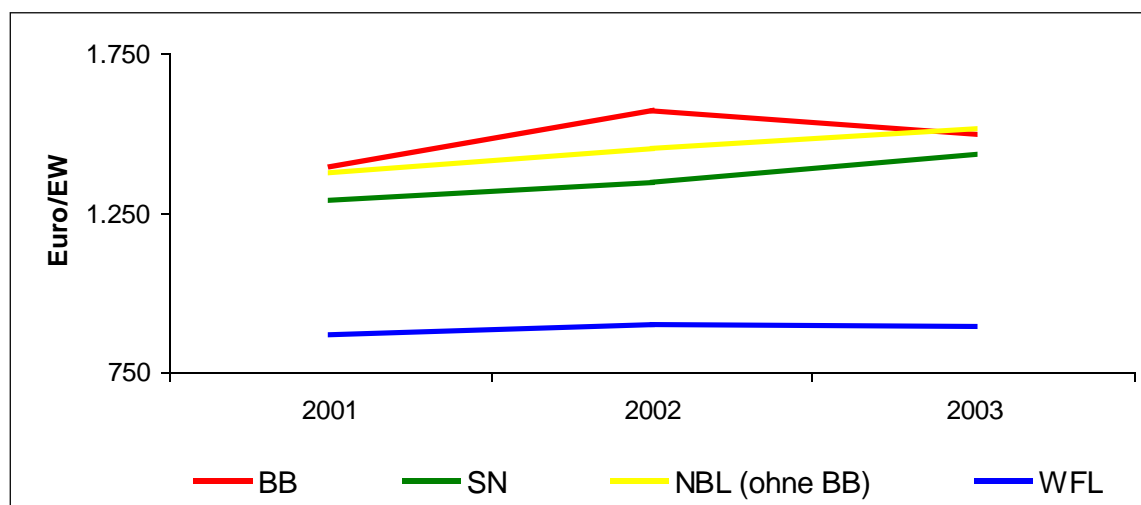
Die Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen stellen mit über 50% die größte Position innerhalb der Ausgaben der laufenden Rechnung dar. Hiervon nehmen die Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände den größten Anteil ein. Bei einem Gesamtbetrag von rd. 4,1 Mrd. Euro im Jahr 2003 laufender Zuweisungen und Zuschüsse erhielten die Kommunen konsumtive Zuweisungen in Höhe von rd. 2 Mrd. Euro. Rd. 447 Mio. Euro erhielt der Bund im Jahr 2003 vom Land. Allein für die Erstattungen an den Bund im Rahmen der im Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz geregelten Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR für Angehörige der Polizei, Feuerwehr und des Strafvollzugs sowie der Zusatzversorgungssysteme für bestimmte Berufsgruppen gab das Land im Jahr 2003 rd. 413 Mio. Euro aus.

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse sind sehr heterogen zusammengesetzt. Hierunter zählen ebenso Ausgaben für die Hochschulen des Landes oder BAFÖG wie die Leistungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe.

Wesentliches Kennzeichen dieser Ausgaben ist ihr hoher Rechtsbindungsgrad aufgrund bundes- und landesgesetzlicher Regelungen, die ihre kurzfristige Steuerbarkeit erheblich einschränken (s. Ziffer 4). In dieser Ausgabenart können in mittel- und langfristiger Perspektive Einsparungen nur erwartet werden, wenn durch gesetzliche Änderungen strukturelle Veränderungen gelingen.

Dennoch sind zwischen 2001 und 2003 die Ausgaben gesunken. Sie liegen in BB im Jahr 2003 leicht unter dem Durchschnitt der neuen Länder, wie der Vergleich auf Einwohnerbasis für 2003 zeigt.

Abbildung 5: Ausgaben der HG 6 2001 – 2003 je Einwohner



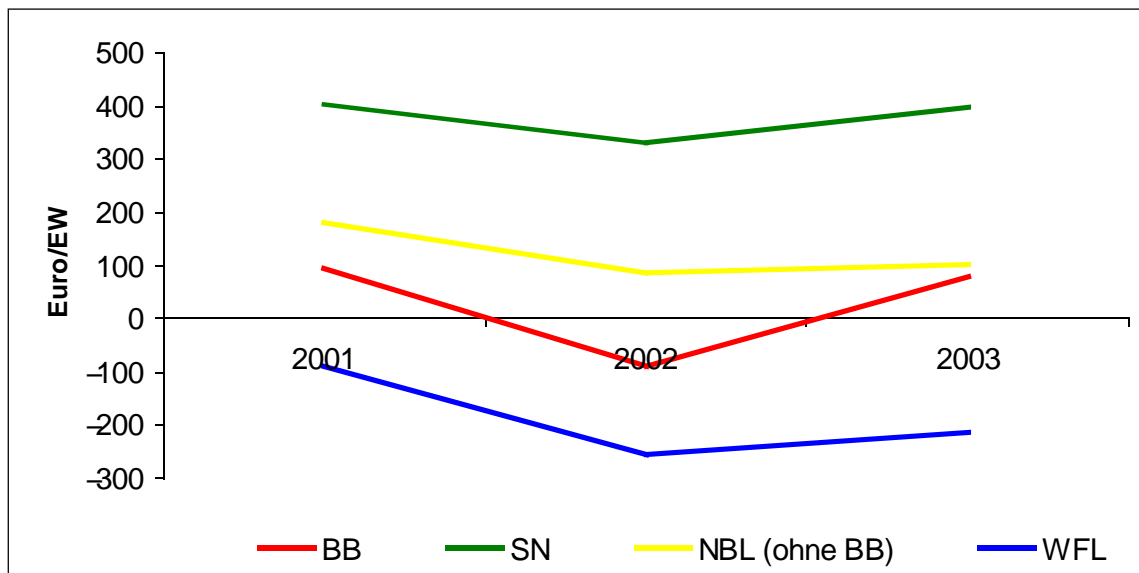
Zu erkennen ist, wie sich in den übrigen Ländern die Ausgaben der HG 6 kontinuierlich nach oben entwickelt haben. So sind in den übrigen neuen Länder diese Ausgaben in den Jahren 2001 bis 2003 um gut 10% gestiegen. In BB belief sich der Anstieg zwischen 2001 und 2003 auf 7%.

2.2 Entwicklung des Saldos der laufenden Rechnung

Der Saldo der laufenden Rechnung stellt ein wichtiges Beurteilungskriterium der Haushaltsstruktur eines Landes dar. Definiert ist er als die Differenz aus den Einnahmen der laufenden Rechnung (Steuern (HG 0), Verwaltungseinnahmen (HG 1) und Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (HG 2)) und den Ausgaben der laufenden Rechnung (HG 4, 5 und 6 (ohne OG 69)). Ein negativer Saldo der laufenden Rechnung bedeutet, dass zur Finanzierung von Konsumausgaben neue Kredite aufgenommen werden mussten. Verfassungsrechtlich ist eine Kreditaufnahme nur zulässig zur Finanzierung von Investitionsausgaben. Eine Ausnahme stellt die Situation der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts dar.

Nach dem Einbruch im Jahr 2002 weist der Saldo der laufenden Rechnung im Jahr 2003 für Brandenburg wieder ein positives Vorzeichen auf und liegt 2003 nur noch knapp unter dem Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer.

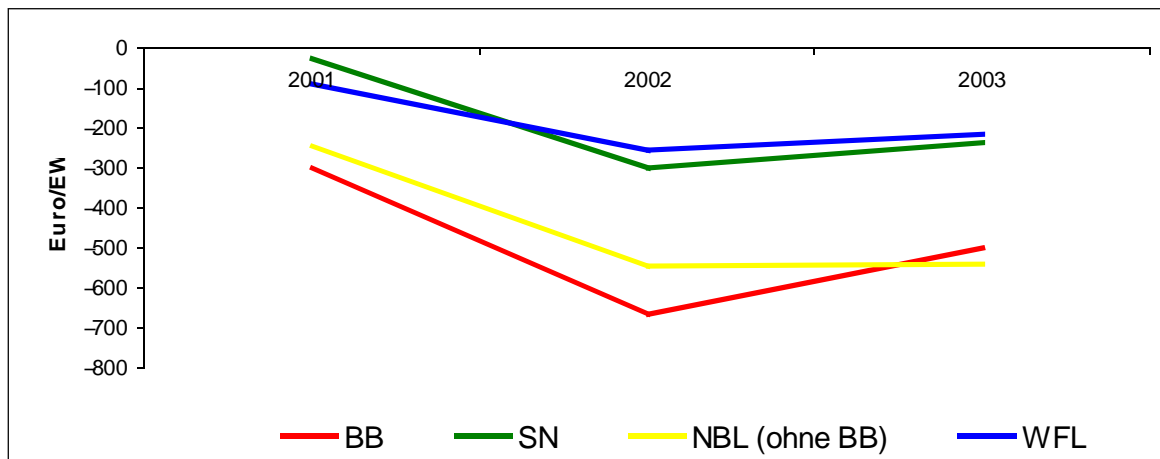
Abbildung 6: Entwicklung des Saldos der laufenden Rechnung in den Jahren 2001 – 2003 je Einwohner



Die Darstellung zeigt auch die Unterschiede der Haushaltsstrukturen zwischen den neuen Ländern und finanzschwachen westlichen Flächenländern. Während im Jahr 2003 die neuen Länder einen positiven Saldo der laufenden Rechnung aufweisen, müssen die Vergleichsländer neue Kredite zur Finanzierung ihrer Konsumausgaben aufnehmen. Der Saldo der laufenden Rechnung beträgt dort im Durchschnitt rd. – 190 Euro je Einwohner.

Allerdings gelingt keinem der neuen Länder die Finanzierung der Konsumausgaben aus eigener Kraft. Vielmehr profitieren sie in bedeutendem Maße von den im Rahmen der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse (HG 2) verbuchten Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen (SoBEZ). Bereinigt man den Saldo der laufenden Rechnung um die SoBEZ, würde sich die Situation aller neuen Länder deutlich verschlechtern.

Abbildung 7: Entwicklung des um SoBEZ bereinigten Saldos der laufenden Rechnung (in Euro je EINWOHNER)



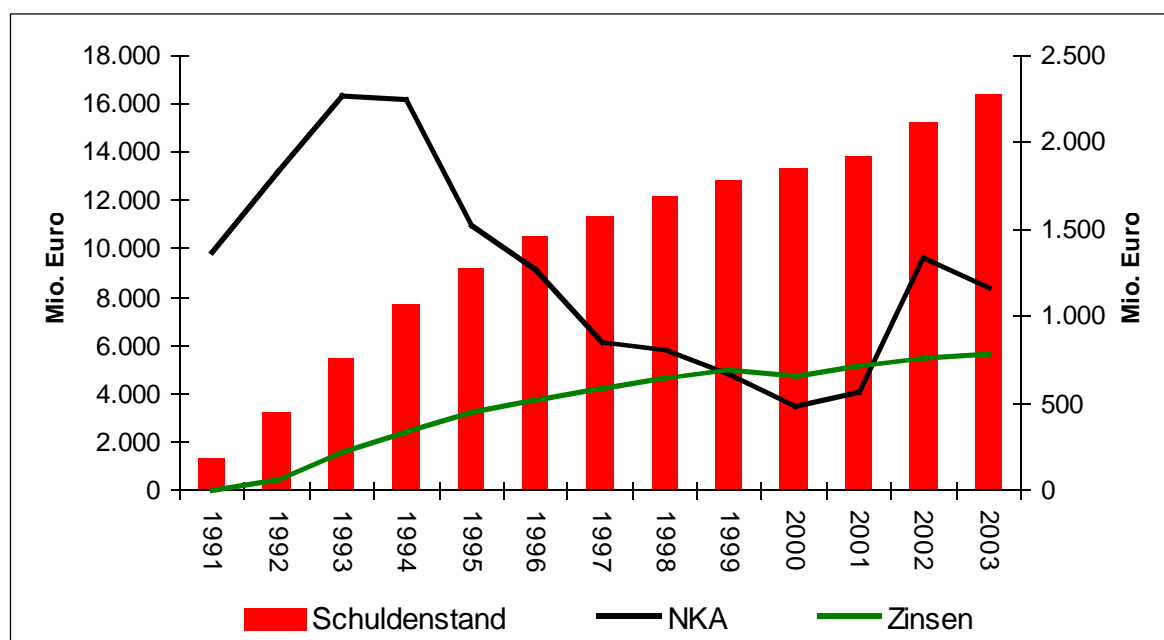
Die Abbildung dokumentiert die prekäre Finanzlage aller ostdeutschen Länderhaushalte. Alle würden erhebliche negative Salden der laufenden Rechnung aufweisen, wenn es die überdurchschnittlichen Finanzaufweisungen insbesondere des Bundes nicht gäbe. Letztlich muss dies als sichtbares Zeichen dafür gewertet werden, dass die Haushaltsstrukturen in keinem der Länder auf Dauer tragfähig sind. So hätten im Jahr 2003 je Einwohner in Brandenburg 502 Euro oder rd. 1,3 Mrd. Euro eingespart werden müssen, um einen ausgeglichen operativen Saldo der laufenden Rechnung auszuweisen. Die Konsequenz aus dieser Entwicklung lautet: Mittel- und langfristig muss es der Haushaltspolitik gelingen, den Saldo der laufenden Rechnung auch ohne SoBEZ zu schließen, um tragfähige Haushaltsstrukturen zu erreichen. Hierzu sind sowohl einnahmeverbessernde als auch konsumausgabenmindernde Maßnahmen zu ergreifen.

2.3 Schuldenstand, Nettokreditaufnahme und Zinsen

Die seit 2001 andauernde schwache wirtschaftliche Entwicklung hat nicht nur im brandenburgischen sondern in allen öffentlichen Haushalten ihre Spuren hinterlassen. So hat die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2004 zum dritten Mal in Folge das Maastrichter Verschuldungskriterium von 3% des Bruttoinlandsproduktes verletzt.

Trotz der Einsparbemühungen sind die Verschuldung in den letzten Jahren und damit einhergehend die Zinsausgaben in Brandenburg angestiegen.

Abbildung 8: Entwicklung des Schuldenstandes (linke Skala), Nettokreditaufnahme(rechte Skala) und Zinsen (rechte Skala) seit 1991

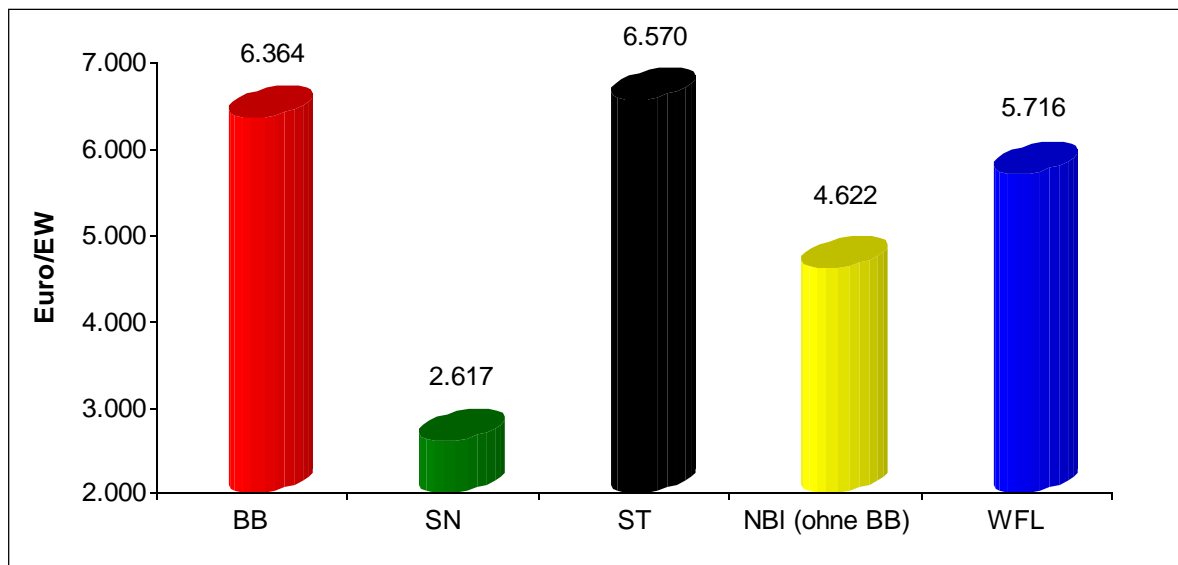


Nach Abschluss des Haushaltsjahres 2003 belief sich der Schuldenstand des Landes auf rd. 6.364 Euro je Einwohner (Einwohnerstand 30.06.2003). Dies ist unter den Flächenländern nach Sachsen-Anhalt der zweithöchste Schuldenstand, wie nachfolgende Abbildung zeigt. In den finanzschwachen westdeutschen Flächenländern beläuft sich der Schuldenstand aktuell im Durchschnitt auf 5.716 Euro je Einwohner.

Parallel hierzu sind die Zinsausgaben des Landes auf einen Betrag von rd. 781 Mio. Euro im Jahr 2003 gestiegen. Dies entspricht einem jahresdurchschnittlichen Anstieg von 11% seit

1991. Keine andere Ausgabenposition weist diese hohen Zuwachsraten auf. Nahezu jeder fünfte Euro, den das Land aus Steuereinnahmen erzielt, dient der Finanzierung der Kapitalmarktverpflichtungen des Landes und steht nicht mehr zur Gestaltung von Politik zur Verfügung.

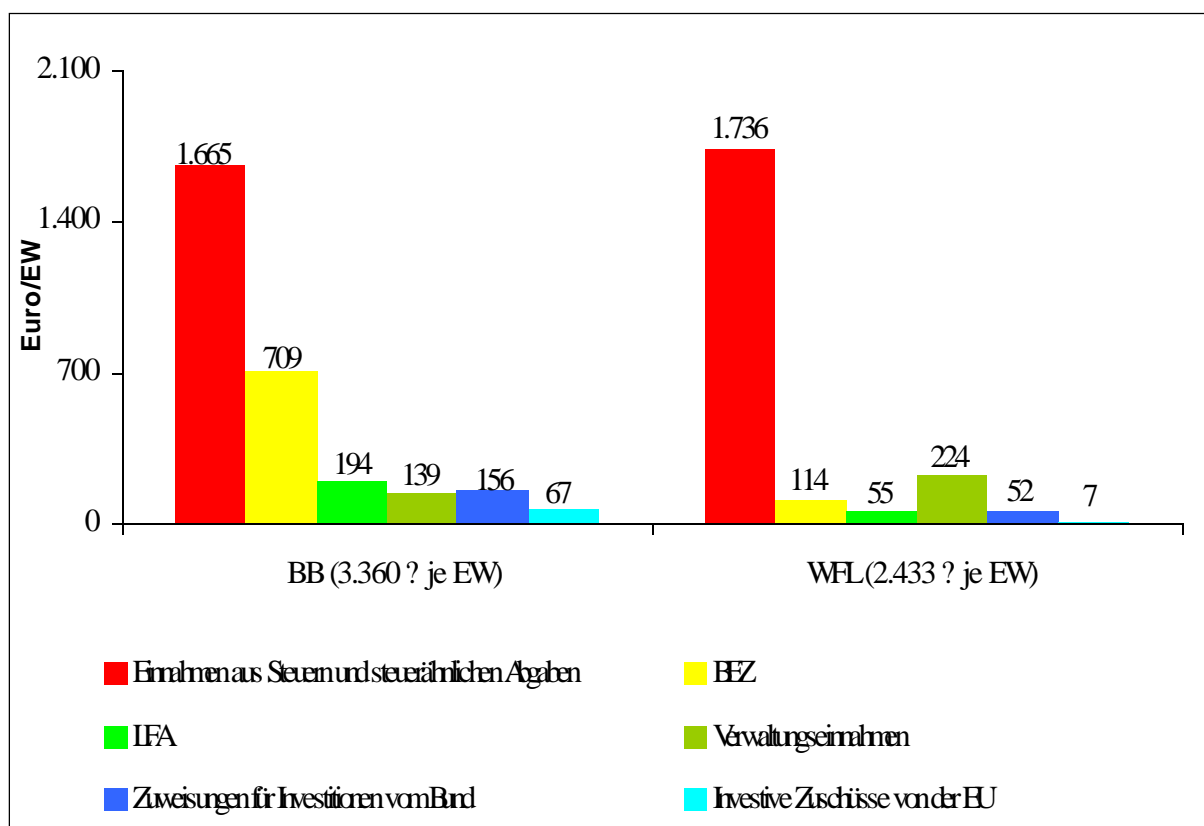
Abbildung 9: Schuldenstand im Jahr 2003 je Einwohner



3. Haushaltstrukturunterschiede zwischen Brandenburg und den finanzschwachen westlichen Flächenländern

Im Vergleich zu den finanzschwachen westlichen Flächenländern verfügt Brandenburg, wie die anderen Neuen Bundesländer auch, je Einwohner über ein überdurchschnittliche Finanzausstattung. Dies verdeutlicht nachfolgender, auf den Ist-Zahlen des Jahres 2003 basierender Vergleich.

Abbildung 10: Unterschiede der Einnahmenstruktur zwischen Brandenburg und WFL je Einwohner



Je Einwohner verfügte Brandenburg im Jahr 2003 über 900 Euro bzw. im gesamten Haushalt über 2 Mrd. Euro mehr als die finanzschwachen westlichen Flächenländer. Die Darstellung zeigt auch die schwache Eigenfinanzierungskraft Brandenburgs: Steuern und Verwaltungseinnahmen nehmen nur einen Anteil von rd. 54% der Einnahmen (ohne Nettokreditaufnahme) ein. In den WFL beläuft sich dieser Anteil auf knapp über 80%. Nahezu 50 % der Einnahmen des Landes kommen vom Bund, der EU und den Ländern im Rahmen des Länderfinanzausgleichs. Die derzeit noch überdurchschnittliche Finanzausstattung wird jedoch

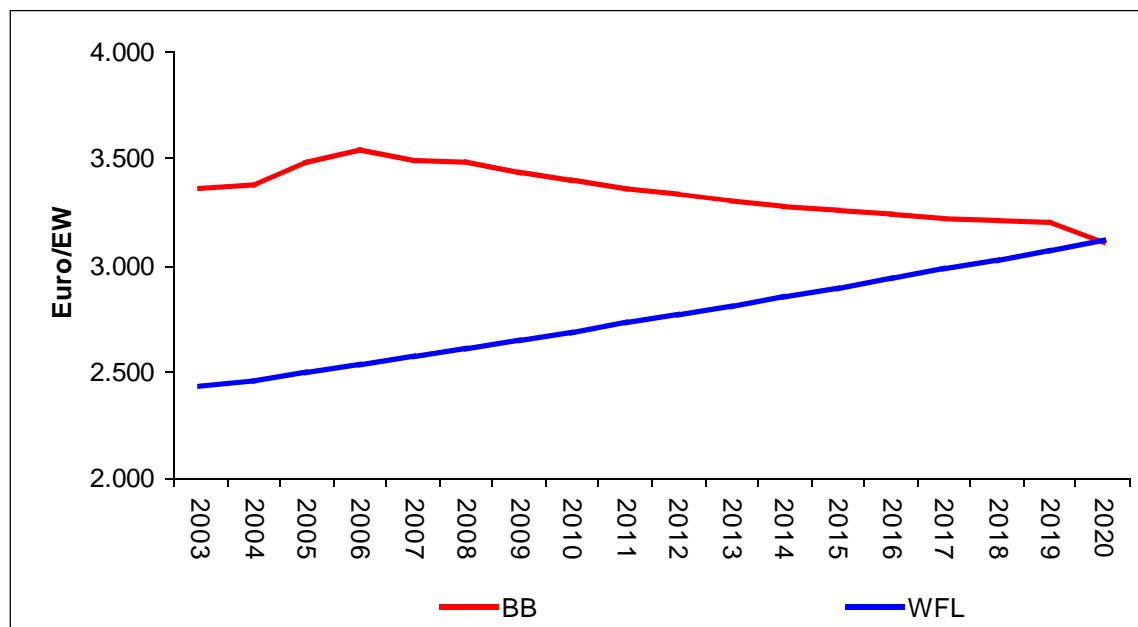
nach dem geltenden Rechtsstand nicht unbegrenzt zur Verfügung stehen. So ist davon auszugehen, dass die Hilfen der Europäischen Union in der im Jahr 2007 beginnenden Programmperiode niedriger ausfallen werden als in der aktuellen. Die bisherigen EU-Hilfen haben einen bedeutenden Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in Brandenburg geleistet. Um diesen Prozess weiterhin nachhaltig zu unterstützen, wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass in der kommenden Programmperiode die Unterstützung der EU auf höchstmöglichem Niveau fortgeführt wird.

Die Degression der Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisungen zum Abbau des infrastrukturellen Nachholbedarfs und zum Ausgleich der unterproportionalen kommunalen Finanzkraft ist gesetzlich geregelt. Zwischen den Jahren 2005 und 2019 werden sie von rd. 1,5 Mrd. Euro auf 300 Mio. Euro sinken. Im Jahr 2020 wird das Land nach jetziger Rechtslage keine SoBEZ mehr erhalten. Ab dem Jahr 2009 werden sie jährlich um 100 Mio. Euro zurückgeführt werden. In der Konsequenz bedeutet dies, dass sich die Finanzausstattung des Landes an die der westdeutschen finanzschwachen Flächenländer anpassen wird.

Um dies zu verdeutlichen wurden basierend auf den Daten der Finanzplanung 2003–2007 die Steuer- und steuerinduzierten Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich (LFA) und den Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen (Fehl-BEZ) mit einem nominalen Wachstum von 2 % jährlich fortgeschrieben. Dies berücksichtigt ein nach aktuellen wissenschaftlichen Untersuchungen anzunehmendes, verringertes reales Wachstum von 1% – 1,5% sowie einen nach der aktuellen Bevölkerungsprognose des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik anzunehmenden jährlichen Bevölkerungsrückgang in Brandenburg von 0,5 %. Ferner wurden die gesetzlich fixierten, ab 2009 deutlich degressiv verlaufenden Einnahmen aus den SoBEZ als gesichert unterstellt. Ebenso wurde mit den Bundesergänzungszuweisungen für die Kosten der politischen Führung (PolBEZ) verfahren. Für die restlichen Einnahmen des Landes wurde pauschal ein jährlicher Rückgang von rd. 1 % angenommen. Damit finden insbesondere die jedenfalls längerfristig rückläufigen EU- und Bundeseinnahmen Berücksichtigung. Einnahmen aus Vermögensveräußerungen wurden nicht eingerechnet, da das Land Brandenburg allenfalls in geringem Umfang veräußerbares „Tafelsilber“ besitzt.

Insgesamt ergibt sich damit auf der Einnahmeseite ein Ausgangsniveau von rd. 9,8 Mrd. EURO für 2005, das bis 2020 um 2,4 Mrd. EUR oder knapp ein Viertel auf etwa 7,4 Mrd. EURO zurückgeht, wie folgende Abbildung zeigt.

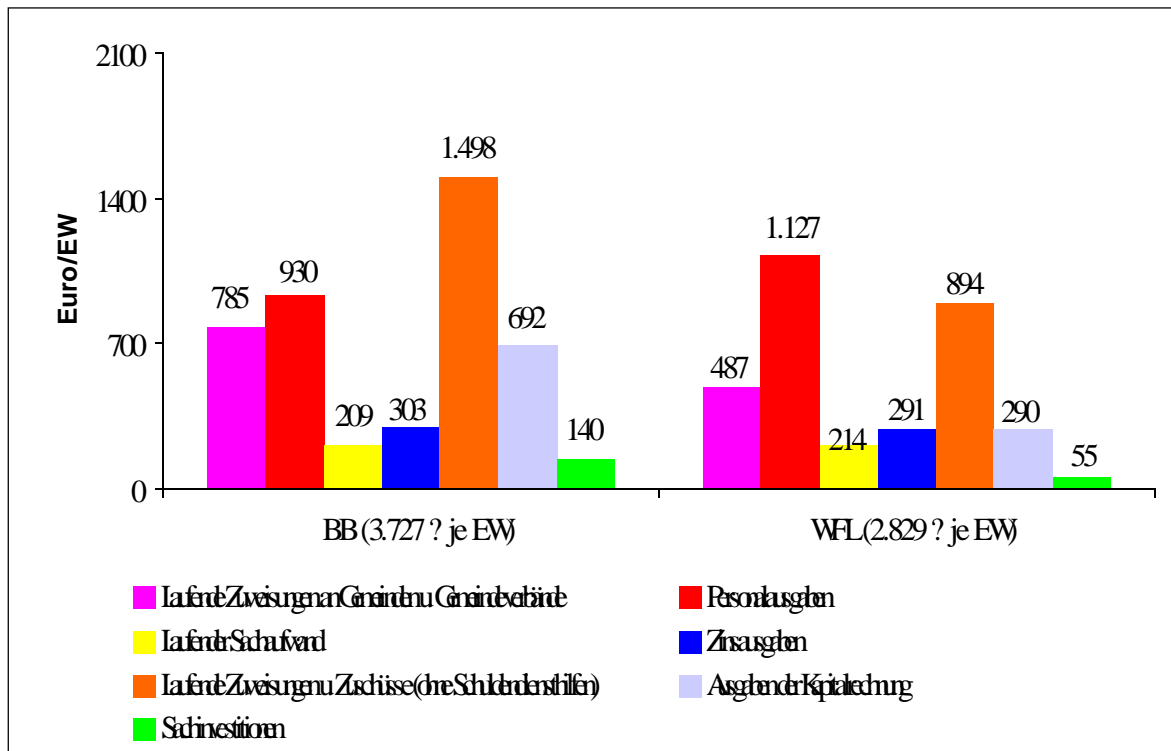
Abbildung 11: Prognose der Pro-Kopf-Einnahmen des Landes Brandenburg und WFL



Während dem Landeshaushalt aktuell rd. 3.360 Euro pro Einwohner zur Verfügung stehen, sind es in den WFL lediglich rd. 2.430 Euro. Schreibt man nun die Finanzausstattung der WFL mit einem Inflationsfaktor bis 2020 fort und vergleicht diese – unter Berücksichtigung der Bevölkerungsprognose – mit dem für Brandenburg zu erwartenden Einnahmerückgang, dann zeigt sich, dass sich die Entwicklungspfade in 2020 bei ca. 3.100 Euro je Einwohner treffen. Mit anderen Worten: Die ermittelte Verringerung der Einnahmen in den kommenden 15 Jahren führt dazu, dass sich die Finanzausstattung Brandenburgs im Jahr 2020 in etwa auf dem heutigen Niveau der WFL bewegt, bis dahin jedoch deutlich darüber verläuft. Die sich aus den Modellannahmen scheinbare Verbesserung der finanziellen Situation der Vergleichsländer darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass natürlich auch dort in den nächsten 15 Jahren wachsender Konsolidierungsdruck besteht.

Mit dieser vergleichsweise überdurchschnittlichen Finanzausstattung geht ein derzeit ebenfalls überdurchschnittliches Niveau der Ausgaben je Einwohner einher. Die dargestellte langfristige Perspektive der Einnahmen verdeutlicht jedoch den hohen Konsolidierungsdruck, der auf der Ausgabenseite besteht. Wenn der Weg in die Schuldenfalle vermieden werden soll, muss es gelingen, die Ausgaben bis spätestens zum Jahr 2009 soweit zu reduzieren, dass der Übergang in die dann beginnende deutliche Degressionsphase der SoBEZ gelingt. Die hierzu erforderlichen Entscheidungen müssen zwingend in dieser Finanzplanungsperiode getroffen werden. Aber auch nach dem Jahr 2009 besteht unverändert die Notwendigkeit die Ausgaben kontinuierlich entlang des Einnahmepfades zu verringern.

Abbildung 12: Ausgabenunterschiede BB – finanzschwache westdeutsche Flächenländer im Jahr 2003
in Euro je Einwohner



4. Rechtsbindungsgrad des Haushaltes

Die Möglichkeiten der Konsolidierung sowohl in sachlicher als auch zeitlicher Hinsicht hängen entscheidend vom Rechtsbindungsgrad der Ausgaben ab. Je geringer der Rechtsbindungsgrad der Ausgaben ist, desto größer sind die unmittelbaren Steuerungsmöglichkeiten im Haushalt. Um dies zu beurteilen, wurden die Ausgaben der Hauptgruppen 5 – 8 (d.h. sächliche Verwaltungsausgaben, konsumtive und investive Zuweisungen sowie eigene Sachinvestitionen) in vier Kategorien eingeteilt¹:

Kategorie 1:

- Ausgaben, die dem Grunde und der Höhe nach rechtlich gebunden sind, sowie 100% durchlaufende Mittel (Einnahmen von Dritten = Ausgaben), bei denen keine Kofinanzierung durch das Land erforderlich ist.

Kategorie 2

- Ausgaben, die dem Grunde aber nicht der Höhe nach gebunden sind oder der Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes dienen.

Kategorie 3

- Mit Hilfe von Drittmitteln finanzierte Ausgaben, insbesondere des Bundes und der EU, die weder dem Grunde noch der Höhe nach rechtlich gebunden sind.

Kategorie 4

- Alle sonstigen Ausgaben, die nicht in den Kategorien 1 bis 3 erfasst werden.

Die Steuerungsmöglichkeiten nehmen von Kategorie 1 bis 4 zu. Ausgaben, die der Kategorie 1 zugeordnet werden, bilden feste Rechtsverpflichtungen, die durch Änderung der rechtlichen Grundlagen – soweit überhaupt möglich – beeinflusst werden können. Hierunter fallen alle Gesetze, die Leistungsansprüche begründen, oder sonstige rechtlich bindende Maßnahmen des Landes wie Verträge, Zuwendungsbescheide und dergleichen. Zur Kategorie 1 gehören auch solche Ausgaben, die vollständig durch Einnahmen anderer öffentlicher Institu-

¹ Die Personalausgaben wurden im Rahmen der Kategorisierung nicht erfasst. Mit den Instrumenten der Personalbedarfsplanung und Personalausgabenbudgetierung werden eigene Konzepte der Personalbestands- und Ausgabensteuerung umgesetzt.

tionen (Bund, EU)

finanziert werden. Bei Ausgaben der Kategorie 4 besteht hingegen insbesondere kurzfristig die größte Steuerungsmöglichkeit.

Auf der Grundlage der Daten des Regierungsentwurfes 2005/2006 sowie der Finanzplanungsjahre 2007/2008 wurde die Struktur der Ausgaben der Hauptgruppen 5 – 8 nach Kategorien abgebildet. Allerdings muss bei der Beurteilung dieser Zuordnung zu Kategorien berücksichtigt werden, dass es sich lediglich um eine Momentaufnahme des Haushaltes handelt.

Abbildung 13: Ausgabenkategorien nach rechtlichem Bindungsgrad in den Jahren 2005 – 2008

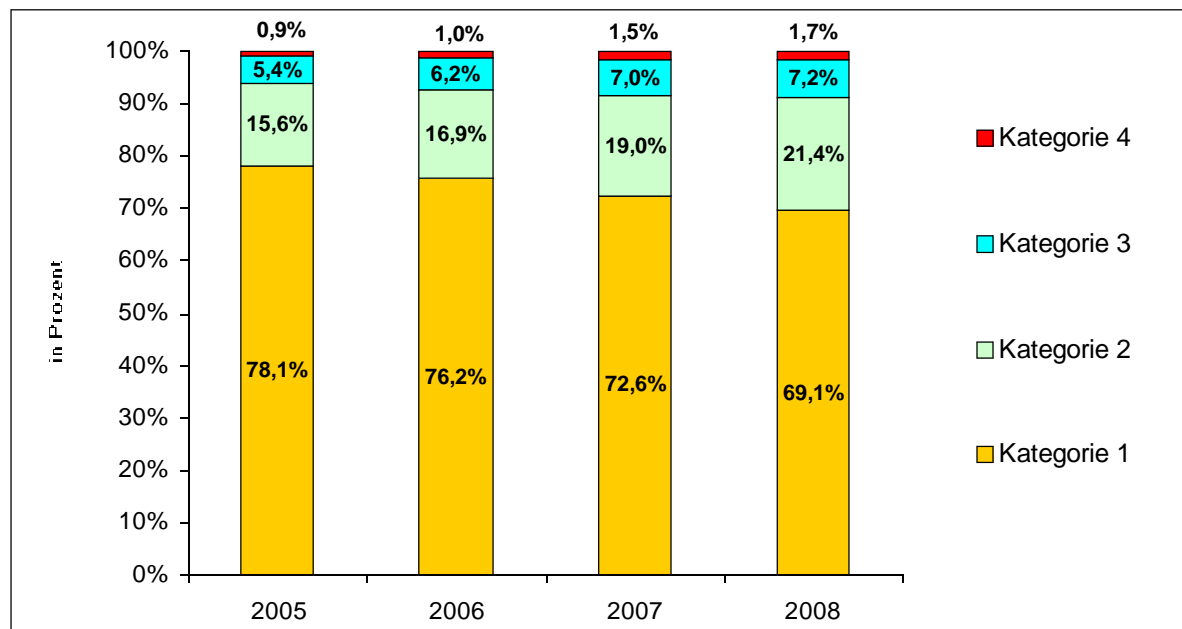
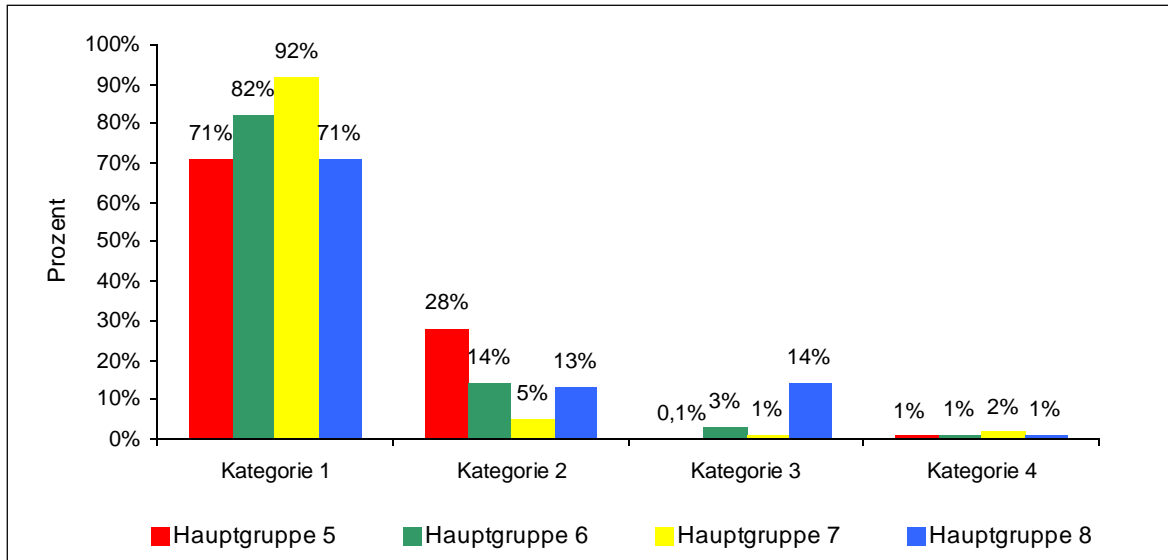


Abbildung 14: Rechtsbindungsgrad nach Hauptgruppen (Haushaltsjahr 2005)



Abbildungen 13 und 14 zeigen,

- dass die Ausgabenstruktur hinsichtlich ihres rechtlichen Bindungsgrades sehr hoch ist. Je weiter die Betrachtung in die Zukunft reicht, desto größer werden die Spielräume. Allerdings handelt es sich hierbei um eine stichtagsbezogene Größe, da sich im Verlauf eines Jahres die Steuerbarkeit durch das Eingehen von rechtlichen Verpflichtungen auch für kommende Jahre verringert.
- wie gering der Handlungsspielraum für kurzfristige Steuerungsmöglichkeiten innerhalb eines Haushaltsjahres oder einer Jahresfrist ist. Lediglich rd. 1% der Ausgaben, d.h. zwischen 70 – 75 Mio. Euro können kurzfristig und unmittelbar durch politische Entscheidungen beeinflusst werden.

Diese Darstellung unterstreicht nochmals, dass eine nachhaltige Konsolidierung des Haushaltes auf der Ausgabenseite nur gelingen kann, wenn durch frühzeitigen Abbau rechtlicher Verpflichtungen und Leistungsstandards der Block der kurzfristig nicht beeinflussbaren Ausgaben abgebaut wird und so mittelfristig neue Handlungs- und Entscheidungsspielräume entstehen.

5. Eckpfeiler des brandenburgischen Konsolidierungskurses

Die Einnahmeentwicklung bildet den entscheidenden limitierenden Faktor für alle öffentlichen Haushalte. Da entsprechende Defizite nur zeitweilig in gewisser Höhe, jedoch nicht unbegrenzt, durch Verschuldung ausgeglichen werden können, sind Maßnahmen zur Einnahmenverbesserung ebenso erforderlich wie die Begrenzung der Ausgaben. Die deutliche Degression der SoBEZ und maßgeblich das anzunehmende relativ geringe gesamtwirtschaftliche Wachstum prägen die Einnahmeentwicklung, so dass zu deren Verbesserung die Finanzpolitik des Landes bestrebt sein muss, nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum auf verschiedenen Ebenen zu unterstützen und Wachstumshemmnisse zu beseitigen. Die Landesregierung wird sich deshalb an diesbezüglichen Reformbemühungen auf Bundesebene beteiligen. Im Mittelpunkt stehen dabei:

- Beschleunigung von Verfahren durch Anpassung von Verfahrensgesetzen und Entschlackung von Gebots- und Verbotsvorschriften, sowie Vereinfachung des Steuerrechts und Fortführung des steuerlichen Subventionsabbaus.
- Konsolidierung der Steuerbasis durch eine wirksame Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges. Die bislang verabschiedeten Maßnahmen erscheinen angesichts der Dimension, die dieses Problem angenommen hat, als nicht ausreichend.

Auf Landesebene bedeutet dies:

- Das Land muss seine Ausgabenpolitik noch mehr auf die Qualifizierung der Schul- und Hochschullandschaft, den Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaftsstruktur und auf die produktive Vernetzung von Wirtschaft und Forschungseinrichtungen konzentrieren. Hierfür erforderliche Mittel sind durch Umschichtungen zu Lasten weniger prioritärer Bereiche zu erwirtschaften.
- Alle Fördermittel der EU, des Bundes und des Landes müssen effizient und konzentriert zugunsten bestehender oder sich entwickelnder Wachstumspole eingesetzt werden. Die Verfügbarkeit von Drittmitteln kann allerdings kein entscheidendes Argument mehr sein, Kofinanzierungsmittel aus dem Landeshaushalt bereit zu stellen. Es muss dagegen gefragt werden, welche inhaltlichen und räumlichen Schwerpunktförderungen langfristig

zur Sicherung der Lebensbedingungen in den Regionen und zum Aufbau einer selbsttragenden Wirtschaftsstruktur beitragen können.

Alternative Finanzierungsinstrumente sollen stärker in den Mittelpunkt rücken und an die Stelle der klassischen Zuschussfinanzierung treten. Eine Förderpolitik gegen Marktkräfte ist dauerhaft nicht finanzierbar.

- Bei allen konsumtiven Transfers müssen strengere Maßstäbe angelegt werden. Insbesondere dort, wo diese nicht für die landespolitischen Prioritäten Wachstum, Bildung, Wissenschaft und Forschung stehen, ist eine Rückführung auf das notwendige Minimum zu realisieren. Dies gilt vor allem für freiwillige Landesleistungen, erforderlichenfalls müssen auch Initiativen auf Bundesebene ergriffen werden. Darüber hinaus muss wo immer möglich eine stärkere Finanzierungsbeteiligung der jeweils Begünstigten vorausgesetzt werden.

Der im Haushaltssicherungsgesetz 2003 festgeschriebene Weg der Personalkostenbegrenzung, der Straffung und Modernisierung der Verwaltung muss konsequent bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts fortgeführt werden. Die im Kernbereich staatlichen Handelns verbleibenden Beschäftigten müssen in der Lage sein, ihre öffentlichen Aufgaben qualifiziert und effektiv zu erbringen.

- Der Stellenabbau des Landes muss unvermindert fortgesetzt werden. Dies kann nur gelingen, wenn der Weg der Verwaltungsmodernisierung und Konzentration auf die Kernaufgaben des Landes konsequent fortgesetzt wird. Dabei ist nicht auszuschließen, dass künftig öffentliche Leistungen überhaupt nicht mehr oder nicht mehr auf dem bisherigen Niveau angeboten werden können. Flankiert werden kann dieser Prozess durch öffentlich-private Partnerschaften.
- Die erforderliche Reduzierung des Personalbestandes wird nur möglich sein, wenn die Leistungsfähigkeit und Motivation der verbleibenden Beschäftigten und damit einhergehend die Qualität öffentlicher Dienstleistungen weiter erhöht werden. Dies kann durch einen Übergang zu Leistungszulagen bzw. zu einer leistungsorientierten Besoldung entsprechend der neuen Regelung für die Hochschullehrer zu Lasten des Prinzips dauerhafter Beförderungen unterstützt werden.

- Einstellungen und Ausbildung müssen auf ein unverzichtbares Maß reduziert werden. Für künftige Verbeamten ist der Aufbau einer Versorgungsrücklage beabsichtigt.

Maßgeblicher Anpassungsbedarf besteht nicht nur beim Land, sondern auch auf kommunaler Ebene. Auch Kreise und Gemeinden sind gehalten, Umfang, Art und Weise der Aufgabewahrnehmung zunächst an die im neuen Finanzausgleichsgesetz vorgegebene künftige Degression der Finanzzuweisungen des Landes anzupassen. Aus dem Vergleich mit der Leistungsfähigkeit der Kommunen in anderen finanzschwachen Flächenländern wird sich weiterer Handlungsbedarf ergeben.

- Städte, Gemeinden und Landkreise müssen sich rasch auf die ab 2009 deutlich sinkenden Zuweisungen einstellen, indem sie Personal- und Sachausgaben anpassen.
- Die absehbare Veränderung der Bevölkerungsstruktur wird auch zu einer veränderten Angebotsstruktur kommunaler Dienstleistungen führen, die zu erwartende Entwicklung der Bevölkerungszahl verschärft den Anpassungsdruck immens. Bei insgesamt knapper werdenden Mitteln kann eine angemessene öffentliche Infrastruktur vor allem in den äußeren Regionen des Landes nur mit einer effizienteren Aufgabenerledigung gewährleistet werden. Unvermeidbar wird es sein, Angebote zu straffen, die interkommunale Zusammenarbeit zu intensivieren, Standorte zu konzentrieren und die Möglichkeiten des eGovernment umfassend zu erschließen. Die Verteilung der Aufgaben zwischen Land und Kommunen unter dem Gesichtspunkt der größtmöglichen Effizienz bleibt ein dauerhafter Prüfunkt.
- Als Hauptlastenträger der öffentlichen Infrastruktur besitzen die Kommunen eine herausragende Funktion für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Dem hat die Struktur der Finanzzuweisungen des Landes Rechnung zu tragen. Flankierend zu den notwendigen Veränderungen bei der Umgestaltung der kommunalen Angebotsstruktur bedarf es deshalb einer stetigen Überprüfung der horizontalen Verteilung im kommunalen Finanzausgleich. Die anzustrebende stärkere räumliche Konzentration der Aufgabenerledigung und Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit wird

sich hier ebenso widerspiegeln müssen wie die sich in den einzelnen Regionen aufgrund der allgemeinen Bevölkerungsentwicklung unterschiedlich stark ergebenden Bedarfe an öffentlichen Dienstleistungen.

6. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben in den Finanzplanungsjahren 2004 – 2008

6.1 Einnahmen im Finanzplanungszeitraum

Das Niveau der bereinigten Einnahmen wird während des gesamten Finanzplanungszeitraums stagnieren und den Betrag von 9 Mrd. Euro lediglich in den Jahren 2006 und 2007 knapp übersteigen.

Die Struktur der Einnahmen stellt sich wie folgt dar:

Tabelle 1: Struktur der Einnahmen nach Einnahmearten (in Mio. Euro)

| | HH 2004 | HPE 2005 | HPE 2006 | MIPLA 2007 | MIPLA 2008 |
|-----------------------------------|------------|-------------|-------------|---------------|---------------|
| Steuern u. steuerähnliche Abgaben | 4.354,4 | 4.346,4 | 4.491,5 | 4.559,4 | 4.693,2 |
| LFA u. BEZ | 2.342,4 | 2.568,2 | 2.576,9 | 2.592,2 | 2.595,3 |
| Sonstige Einnahmen von Bund | 1.017,2 | 995,1 | 990,8 | 986,8 | 961,2 |
| Einnahmen von der EU | 572,1 | 657,2 | 729,3 | 609,0 | 349,8 |
| Sonstige | 402,4 | 443,0 | 432,4 | 405,7 | 401,7 |
| Bereinigte Einnahmen | 8.677,8 | 8.976,2 | 9.189,3 | 9.123,5 | 8.973,3 |
| Nettokreditaufnahme | 1.122,5 | 976,4 | 831,4 | 656,4 | 481,4 |
| Gesamteinnahmen | 9.811,0 | 9.986,3 | 10.052,3 | 9.809,6 | 9.482,6 |

Abweichungen durch Rundungen

Der Anteil der Steuern an den Gesamteinnahmen wird im Finanzplanungszeitraum an die 50% heranreichen. Er steigt von 44,4% im Jahr 2004 kontinuierlich auf knapp über 49% im Jahr 2008. Dies spiegelt die Erwartung wieder, dass sich die Entwicklung der Steuereinnahmen im Finanzplanungszeitraum von dem jetzigen niedrigen Niveau sukzessive erholen wird. Allerdings wird damit bei weitem noch nicht das Niveau des Durchschnitts der finanzschwachen westlichen Flächenländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz erreicht. Der Anteil der Steuern an den Einnahmen gemessen auf Einwohnerbasis

belief sich dort im Jahr 2003 auf rd. 71%, in Brandenburg hingegen nur auf rd. 49%. Bei diesem Vergleich muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Haushaltsstrukturen der neuen Länder sich von denen der alten Ländern aufgrund der überdurchschnittlichen Finanzaufweisungen des Bundes und der EU erheblich unterscheiden. Die sinkenden Einnahmeerwartungen von der EU im Jahr 2007 sind auf die Berücksichtigung der Restabwicklung der Programmperiode 2000 – 2006 zurückzuführen. Da die finanziellen Rahmenbedingungen der EU-Förderung ab 2007 noch nicht feststehen, in den Finanzplanungsjahren 2007 und 2008 eine zurückhaltende Veranschlagung der EU-Mittel auf abgesenktem Niveau vorgenommen. Die Landesregierung geht gleichwohl davon aus, dass die Förderung der EU ab 2007 mit annähernd gleicher Intensität wie in der laufenden Periode fortgeführt wird.

6.1.1 Entwicklung der Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Ergänzungszuweisungen des Bundes

Die Einschätzung der Entwicklung der Steuer- und steuerinduzierten Einnahmen beruht auf den Ergebnissen der Sitzungen des Bund-Länder-Arbeitskreises „Steuerschätzung“ vom 11. – 13.05.2004 sowie vom 02. – 04.11.2004. Ausgehend von der niedrigen Basis 2004 werden im Finanzplanungszeitraum die Einnahmen im Jahresdurchschnitt um knapp 2% wachsen. Die strukturellen Verschiebungen beim Länderfinanzausgleich und den Fehlbetragsbundesergänzungszuweisungen sind auf die Reform des Länderfinanzausgleichs zurückzuführen, die zum 01. Januar 2005 in Kraft getreten ist.

Aus Verfassungsgründen (Artikel 107 Abs. 2 GG) ist im Rahmen eines Gesetzes (Finanzausgleichsgesetz) sicherzustellen, dass die unterschiedliche Finanzkraft der Länder „angemessen“ ausgeglichen wird. Die Finanzkraft der Gemeinden und Gemeindeverbände ist dabei ebenfalls angemessen zu berücksichtigen. In diesem Gesetz kann auch bestimmt werden, dass der Bund den Ländern Zuweisungen

zur ergänzenden Deckung ihres allgemeinen Finanzbedarfes sowie zum Ausgleich von Sonderlasten gewährt. Nach dem vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) erhalten die neuen Länder in den Jahren 2005 bis 2009 zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit und der daraus entstehenden Lasten bei der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige Leistungsberechtigten Bundesergänzungszuweisungen in Höhe von jährlich 1 Mrd. Euro. Auf Brandenburg entfällt dabei ein jährlicher Anteil in Höhe von 190 Mio. Euro.

Die Abhängigkeit des Landeshaushaltes von Ergänzungszuweisungen des Bundes ist hoch:
insgesamt gut 20% der Landeseinnahmen entfallen hierauf.

Tabelle 2: Entwicklung der Einnahmen des Landes Brandenburg aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Ergänzungszuweisungen des Bundes (in Mio. Euro)

| | HH 2004 | HPE 2005 | HPE 2006 | MIPLA 2007 | MIPLA 2008 |
|--|------------|-------------|-------------|---------------|---------------|
| Steuern | 4.347,2 | 4.338,5 | 4.483,5 | 4.551,3 | 4.685,0 |
| Länderfinanzausgleich | 515,0 | 590,0 | 600,0 | 620,0 | 635,0 |
| Bundesergänzungszuweisungen: | 1.827,4 | 1.978,2 | 1.976,9 | 1.972,2 | 1.960,3 |
| davon | | | | | |
| • Fehlbetragsbundesergänzungszuweisungen | 250,0 | 224,0 | 230,0 | 240,0 | 250,0 |
| • Sonderbedarfsergänzungszuweisungen | 1.493,5 | 1.509,0 | 1.501,7 | 1.487,0 | 1.465,0 |
| • BEZ für politische Führung | 83,9 | 55,2 | 55,2 | 55,2 | 55,2 |
| • SoBEZ (HARTZ IV) | 0,0 | 190,0 | 190,0 | 190,0 | 190,0 |
| Summe | 6.689,6 | 6.906,7 | 7.060,4 | 7.143,5 | 7.280,3 |

Quelle: Eigene Regionalisierung basierend auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom 11.–13.05.2004 in Gotha und 02.–04.11.2004 in Bremen

6.1.2 Zweckgebundene Zuweisungen des Bundes

Die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist nach Artikel 30 GG grundsätzlich Sache der Länder. Nur in den durch das Grundgesetz definierten Feldern ist der Bund zur eigenständigen Erfüllung der Aufgaben befugt. Zugleich muss nach der Verfassung jede staatliche Ebene ihre Aufgaben selbst finanzieren. Da die Wahrnehmung der Aufgaben grundsätzlich Sache der Länder ist, haben sie ebenfalls die damit verbundenen Ausgaben zu tragen (Konnexitätsprinzip).

Vom Grundsatz der strikten Trennung der Finanzierungsverantwortlichkeit bestehen jedoch eine Reihe von Ausnahmen, bei denen der Bund aufgrund seiner gesamtstaatlichen und –wirtschaftlichen Verantwortung Kompetenzen zur Mitfinanzierung besitzt und die Länder

bei der Wahrnehmung der Aufgaben durch zweckgebundene Zuweisungen unterstützt.

Tabelle 3: Entwicklung der zweckgebundenen Zuweisungen des Bundes für investive und nicht investive Zwecke

| | HH 2004 | HPE 2005 | HPE 2006 | MIPLA 2007 | MIPLA 2008 |
|--|------------|-------------|-------------|---------------|---------------|
| Zuweisungen für investive Zwecke | 410,8 | 424,9 | 412,9 | 401,0 | 366,7 |
| Zuweisungen für nicht investive Zwecke | 606,4 | 570,2 | 577,9 | 585,7 | 594,5 |

Die Zuweisungen des Bundes unterstützen das Land bei der Wahrnehmung einer Vielzahl von Aufgaben. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben (GA) nimmt der Bund über die gemeinsamen Bund/Länder-Rahmenplanungen Einfluss auf für die Entwicklung der Länder bedeutende Aufgabenbereiche. Er unterstützt die Länder bei

- der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur,
- der Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes und
- dem Aus- und Neubau von Hochschulen einschließlich der Hochschulkliniken.

Soweit der Bund im Rahmen seiner Gesetzgebungskompetenz Privaten, z.B. aus sozialen Gründen, Geldleistungen gewährt, trägt der Bund diese Ausgaben teilweise selbst bzw. beteiligt sich an deren Finanzierung. Beispiele sind hier

- das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und
- das Wohngeld.

Das Land erhält aus dem Mineralölsteueraufkommen einen Anteil, um die Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) finanzieren zu können, die es im Rahmen der Bahnreform übernommen hat (Regionalisierungsmittel).

Nachfolgende Tabelle zeigt die Einnahmen, die das Land für die verschiedenen Aufgabenbereiche bis 2008 erwartet:

Tabelle 4: Zuweisungen des Bundes für ausgewählte Aufgaben (in Mio. Euro)

| | HH 2004 | HPE 2005 | HPE 2006 | MIPLA 2007 | MIPLA 2008 |
|--|------------|-------------|-------------|---------------|---------------|
| Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ | 216,2 | 208,5 | 202,7 | 203,4 | 203,4 |
| Hochschulbauförderungsgesetz | 28,2 | 25,3 | 24,3 | 26,3 | 25,1 |

| | | | | | |
|-------------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| BaföG | 63,0 | 63,6 | 63,7 | 63,7 | 63,7 |
| Wohngeld | 76,0 | 50,0 | 50,0 | 50,0 | 50,0 |
| Regionalisierung | 396,9 | 402,8 | 408,9 | 415,0 | 421,2 |
| Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz | 54,0 | 54,0 | 54,0 | 54,0 | 54,0 |

6.1.3 Zweckgebundene Zuweisungen der Europäischen Union

Die umfangreiche Unterstützung der Europäischen Union basiert auf den Kriterien des europäischen Systems der Struktur fondsförderung. In der laufenden Förderperiode 2000 – 2006 zählt Brandenburg vollständig zu den Ziel – 1 – Regionen in Europa. Diese Regionen erhalten aus dem System der europäischen Struktur fondsförderung die höchste Unterstützung. Die laufende Programmperiode hat für Brandenburg mit der Programm genehmigung im Dezember 2000 begonnen. Das Volumen der EU–Hilfen in der Förderperiode 2000 – 2006 beläuft sich auf rd. 3 Mrd. Euro, die zur gezielten Förderung der Entwicklung des Landes zur Verfügung stehen. Die Landesregierung räumt der vollständigen Inanspruchnahme der Mittel, d.h. insbesondere der Sicherstellung der erforderlichen Kofinanzierung, höchste Priorität ein.

Tabelle 5: Zweckgebundene Zuweisungen der Europäischen Union für nicht investive und investive Zwecke (in Mio. Euro)

| | HH 2004 | HPE 2005 | HPE 2006 | MIPLA 2007 | MIPLA 2008 |
|--|------------|-------------|-------------|---------------|---------------|
| Zuweisungen für nicht investive Zwecke | 198,3 | 192,3 | 206,2 | 222,3 | 193,3 |
| Zuweisungen für investive Zwecke | 373,8 | 464,9 | 523,1 | 386,7 | 156,5 |

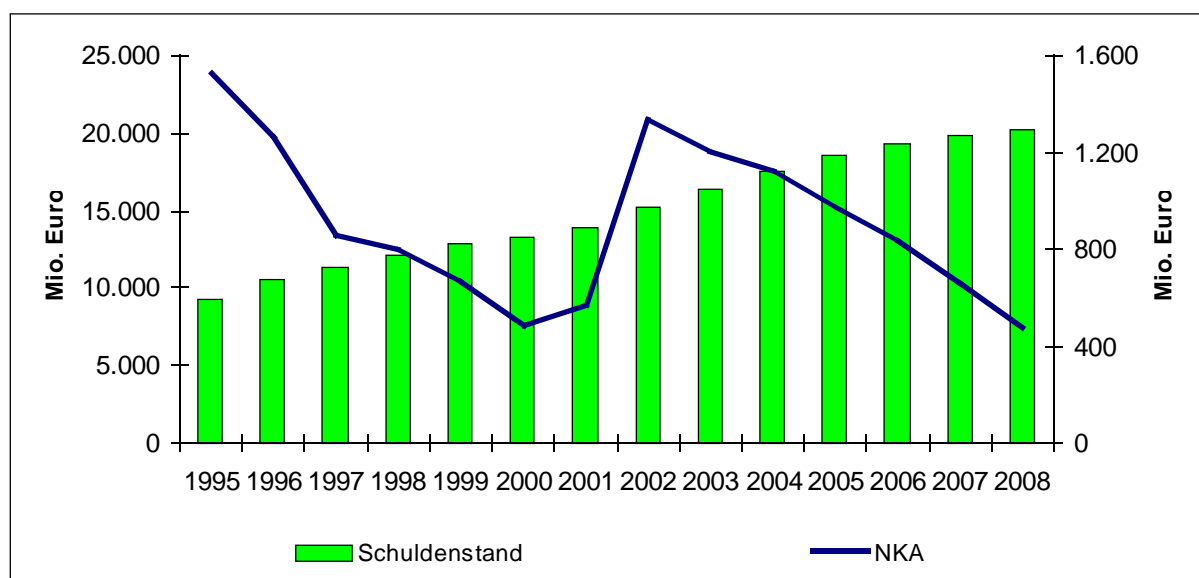
Der Einsatz der Struktur fondsförderung gliedert sich in drei Fonds: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds (ESF) und Europäischer Ausrichtungs– und Garantiefonds Abtlg. Ausrichtung (EAGFL–A),. Hinzu kommen noch Mittel, die im Rahmen der drei Gemeinschaftsinitiativen URBAN II, LEADER + und INTERREG III zur Verfügung gestellt werden. Die Gemeinschaftsinitiative EQUAL wird vom Bund abgewickelt. Die konkrete Ausgestaltung der Struktur fondsförderung in der kommenden Programmperiode steht noch nicht fest. Die Landesregierung setzt sich dafür ein, dass die Förderung auf höchstmöglichem Niveau fortgeführt wird.

Das Einsatzspektrum der Fonds erlaubt es, die Mittel in den verschiedensten Bereichen einzusetzen. Beispielhaft seien erwähnt: Arbeitsmarktpolitik, Qualifizierung, regionale Wirtschaftsförderung, Verbesserung der Infrastruktur, Förderung des ländlichen Raums, Umweltschutz und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

6.1.4 Entwicklung der Nettokreditaufnahme (NKA) und des Schuldenstandes

Die Koalition hat sich im Koalitionsvertrag darauf verständigt, die Nettokreditaufnahme bis zum Ende des Jahrzehnts bis auf Null zu reduzieren. Ausgehend von einer Neuverschuldung von rd. 1,1 Mrd. Euro (Soll 2004) bedeutet die Zielgröße von rd. 481,4 Mio. Euro im Jahr 2008 eine Reduktion der NKA um 57%. Unter der Annahme, dass die Nettokreditaufnahme in den Jahren 2009 und 2010 jeweils wiederum um 175 Mio. € verringert wird, würde sich die Nettokreditaufnahme im Jahr 2010 auf 131,4 Mio. € belaufen. Trotz dieses deutlich degressiven Pfades wird sich der Schuldenstand des Landes auch in den kommenden Jahren weiter erhöhen und im Jahr 2008 rd. 20,5 Mrd. Euro betragen. Der Schuldenstand je Einwohner (Einwohnerstand 30.06.2004) wird sich dann auf rd. 7.965 Euro belaufen.

Abbildung 15: Entwicklung der Verschuldung (linke Skala) und Nettokreditaufnahme (rechte



Skala) 1995 – 2008

Die Kreditfinanzierungsquote, d.h. das Verhältnis der Kreditaufnahme zu den bereinigten Gesamtausgaben, wird sich in den Jahren 2004 bis 2008 von 11,6 % im Jahr 2004 auf 5,1 % im letzten Jahr der Finanzplanung reduzieren.

6.2 Die Ausgaben des Landes im Finanzplanungszeitraum

Da von einer grundlegenden Trendwende bei den Einnahmen im Finanzplanungszeitraum nicht auszugehen ist, kann die Nettokreditaufnahme in erster Linie nur durch eine entsprechende Rückführung der Ausgaben verringert werden. Hierzu ist insbesondere der sehr hohe Rechtsbindungsgrades der Ausgaben zu verringern.

Die Struktur der Gesamtausgaben stellt sich wie folgt dar.

Tabelle 6: Struktur der Ausgaben nach Ausgabenarten (in Mio. Euro)

| | HH 2004 | HPE 2005 | HPE 2006 | MIPL A 2007 | MIPL A 2008 |
|--|------------|-------------|-------------|-------------------|-------------------|
| Personal | 2.263 | 2.180 | 2.222 | 2.316 | 2.342 |
| sächliche Verwaltungsausgaben | 340 | 369 | 360 | 359 | 358 |
| Schuldendienst | 865 | 830 | 870 | 892 | 929 |
| Lfd. Zuweisungen und Zuschüsse | 4.271 | 4.524 | 4.532 | 4.620 | 4.718 |
| Baumaßnahmen | 284 | 162 | 150 | 187 | 192 |
| Sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 1.729 | 1.901 | 1.899 | 1.730 | 1.533 |
| Globale Minderausgaben | - 76 | - 11 | - 10 | - 322 | - 616 |
| Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen | 126 | ./. | ./. | ./. | ./. |
| Sonstiges (Verrechnungen; Rücklagenzuführung) | 8 | 32 | 30 | 28 | 26 |
| Gesamtausgaben | 9.811 | 9.986 | 10.052 | 9.810 | 9.483 |

Abweichungen durch Rundungen

6.2.1 Personalausgaben

Im Haushaltssicherungsgesetz 2003 sind die Fortführung des Personalabbaus und die Höchstbeträge für Personalausgaben festgeschrieben worden. In den Jahren 2000 bis 2007 wird die Landesregierung 12.400 Stellen abbauen, dies entspricht knapp 20% ihres Personalbestandes. Der Personalabbau wird nach dem Beschluss der Landesregierung zum Haushaltsentwurf 2005/2006 bis zu einer Zielzahl von 50.141 Stellen in 2009 weitergeführt.

Zusätzliche Einsparungen von jährlich 100 Mio. EUR in den Jahren 2004 bis 2006 werden im Rahmen des mit den Gewerkschaften und Beamten abgeschlossenen Solidarpaktes erzielt. Die Entwicklung der Personalausgaben stellt sich wie folgt dar:

Tabelle 7: Entwicklung der Personalausgaben (einschl. PVM) in den Jahren 2004 – 2008 (in Mio. Euro)

| | HH 2004 | HPE 2005 | HPE 2006 | MIPLA 2007 | MIPLA 2008 |
|--|------------|-------------|-------------|---------------|---------------|
| Personalausgaben (HG 4) | 2.263,2 | 2.179,6 | 2.221,8 | 2.315,8 | 2.341,8 |
| Personalausgabenquote (in vH der bereinigten Ausgaben) | 23,0 | 21,0 | 20,5 | 21,4 | 22,4 |

Die Personalausgaben werden sich trotz Tarifsteigerungen im Finanzplanungszeitraum auf nahezu konstantem Niveau bewegen. Dies zeigt, dass die Maßnahmen des Personalabbaus greifen, da sonst deutliche Ausgabensteigerungen zu verzeichnen wären.

Dabei muss berücksichtigt werden, dass aufgrund von Ausgliederungen (Gründung von Landesbetrieben, Globalhaushalten im Hochschulbereich, Forsten) ein Betrag von rd. 348,5 Mio. EUR im Haushalt 2004 nicht mehr in der Hauptgruppe 4 sondern in der Hauptgruppe 6 verbucht ist. Dieser Betrag erhöht sich aufgrund der Bildung weiterer Globalhaushalte (Straßenwesen, Brandenburgische Kulturstiftung Cottbus) in den Jahren 2005 und 2006 auf rd. 431 bzw. 430 Mio. €. Die Personalausgabenquote beläuft sich unter Berücksichtigung der globalisierten Einrichtungen in den Jahren 2005 und 2006 auf 26,2% bzw. 26,5%.

6.2.2 Sächliche Verwaltungsausgaben

Zu den sächlichen Verwaltungsausgaben gehören alle Aufwendungen, die der Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes der Verwaltung dienen. Dazu zählen beispielsweise der Geschäftsbedarf (Materialverbrauch), die Ausgaben zur Unterhaltung von Kraftfahrzeugen, für Mieten, aber auch die Ausgaben für Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter und für die Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen. Die Ausgaben werden sich bis zum Jahr 2008 auf annähernd konstant entwickeln, wie die folgende Tabelle zeigt:

Tabelle 8: Entwicklung der sächlichen Verwaltungsausgaben in den Jahren 2004 – 2008 (in Mio. Euro)

| | HH 2004 | HPE 2005 | HPE 2006 | MIPLA 2007 | MIPLA 2008 |
|-------------------------------|------------|-------------|-------------|---------------|---------------|
| sächliche Verwaltungsausgaben | 340,3 | 369,3 | 359,9 | 358,9 | 358,0 |

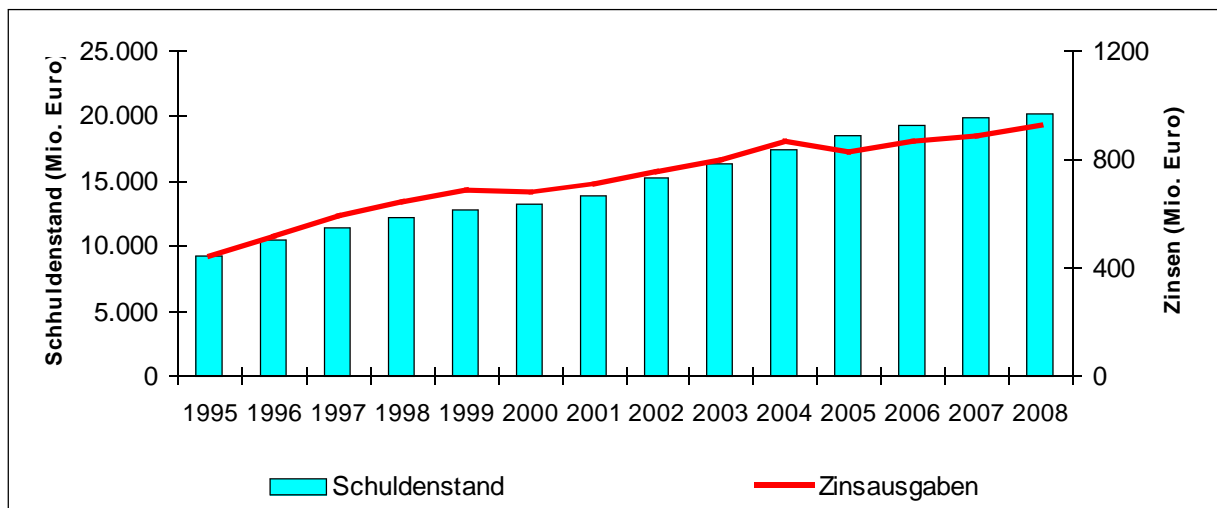
Nachdem die sächlichen Verwaltungsausgaben in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgeführt wurden, werden weitere Kürzungen zunehmend schwieriger. Das schließt aber nicht aus, dass ein weiterer Aufgabenabbau auch weitere Ausgabensenkungen zur Folge hat.

Nach den positiven Ergebnissen der Globalsummensteuerung der Personalausgaben wurden 2002 auch für die sächlichen Verwaltungsausgaben, einschließlich der investiven Beschaffungen und Teile der Verwaltungseinnahmen, Budgets eingeführt. Auch hierdurch haben sich Einsparungen aufgrund des wirtschaftlicheren Umgangs mit den zur Verfügung stehenden Mittel ergeben.

6.2.3 Entwicklung der Ausgaben für den Schuldendienst

Die Zinsausgaben werden auch in den kommenden Jahren wachsen. Bei sinkenden Finanzspielräumen werden durch diese Entwicklung die Handlungsspielräume weiter eingeschränkt. Abbildung 16 zeigt, wie der Anstieg der Zinsausgaben infolge des deutlich gesunkenen Nettokreditaufnahme in den Jahren 1995 bis 2001 gebremst werden konnte. Aufgrund des Einnahmeeinbruchs des Jahres 2002 und den korrigierten Einnahmeerwartungen für die Jahr 2004 bis 2008 gewinnen jedoch die Zinsausgaben wieder an Dynamik.

Abbildung 16: Entwicklung des Schuldenstandes und der Zinsausgaben im Zeitraum 1995 – 2008



Nach jetzigem Stand werden die Zinsausgaben im Jahr 2008 knapp über 900 Mio. € liegen. Der Anteil der Zinsen an den bereinigten Gesamtausgaben wird dann bei rd. 10%, an den Steuereinnahmen auf rd. 20% gestiegen sein.

6.2.4 Ausgaben für laufende Zuweisungen und Zuschüsse

Die Ausgaben für laufende Zuweisungen und Zuschüsse (mit Ausnahme für Investitionen) werden voraussichtlich auf dem hohen Niveau der Vorjahre verbleiben.. Sie machen rd. 45% der Gesamtausgaben aus. Es handelt sich um Leistungen an die Kommunen und an Dritte, die auf verschiedensten rechtlichen Grundlagen beruhen.

Zur Begrenzung der Ausgaben im Bereich der Zuwendungen sollen die gleichen Sparanstrengungen umgesetzt werden wie in der Landesverwaltung, indem bei den Zuwendungsempfängern der Stellenbestand zu reduzieren ist und Mehraufwendungen für Sachausgaben innerhalb der Wirtschaftspläne aufzufangen sind. Ausfallende Einnahmen von anderen Zuwendungs- oder Drittmittelgebern werden nicht durch Landesmittel ausgeglichen.

Tabelle 9: Ausgewählte Zuweisungen für laufende Zwecke (in Mio. Euro)

| | HH 2004 | HPE 2005 | HPE 2006 | MIPLA 2007 | MIPLA 2008 |
|---------------------------------------|------------|-------------|-------------|---------------|---------------|
| kommunaler Finanzausgleich | 1.508,0 | 1.824,0 | 1.782,0 | 1.789,0 | 1.822,0 |
| Landeswohnungsbauvermögen | 159,0 | 95,0 | 108,0 | 129,0 | 131,0 |
| Wohngeld | 153,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |
| Kindertagesbetreuung | 120,4 | 122,7 | 122,7 | 132,6 | 132,6 |
| Hochschulen | 207,9 | 201,1 | 201,1 | 201,1 | 201,1 |
| Arbeitsmarkt | 148,8 | 138,4 | 142,1 | 161,6 | 143,4 |
| Sozialhilfe | 282,0 | 300,4 | 313,0 | 320,9 | 329,1 |
| ÖPNV | 418,0 | 424,0 | 430,0 | 436,0 | 442,0 |
| Sonder- und Zusatzversorgung | 445,8 | 413,3 | 409,5 | 407,3 | 403,3 |
| Ernährung, Landwirtschaft und Forsten | 208,0 | 187,0 | 189,0 | 201,0 | 201,0 |

6.2.5 Investitionsausgaben

Die Gesamtausgaben für Investitionen (Investitionen des Landes und Förderung von investiven Maßnahmen) halten sich in den künftigen Jahren auf einem jahresdurchschnittlichen Niveau von rd. 2 Mrd. Euro. Mehr als 80% davon werden für die Förderung von Investitionen ausgegeben. Ihr gezielter Einsatz sichert die künftigen Einnahmen des Landes. Damit kommt der Investitionsplanung ein hoher Stellenwert zu. Gleichwohl werden im Finanzplanungszeitraum die Investitionsausgaben sinken. Dies ist nicht zuletzt dem Auslaufen der Programmperiode 2000–2006 der europäischen Strukturfondsförderung im Jahr 2007 geschuldet. Die finanziellen Rahmenbedingungen der kommenden Programmperiode sind noch ungeklärt, weshalb lediglich Fortschreibungen auf entsprechend niedrigerem Niveau vorgenommen wurden. Die Landesregierung erwartet jedoch, dass die Förderung der EU ab dem Jahr 2007 mit nahezu unveränderter Intensität fortgeführt wird, so dass dann davon auszugehen ist, dass sich die Investitionsausgaben in den Jahren 2007 und 2008 voraussichtlich etwa das Niveau des Jahres 2006 erreichen werden.

Die Ausgaben für landeseigene Hochbaumaßnahmen werden als sachlich zusammenhängende Ausgaben nach dem Funktionsprinzip in einem gesonderten Einzelplan veranschlagt. Damit wurde dem Umfang und der Bedeutung dieser Investitionsausgaben Rechnung getragen und die ressortübergreifende Zuständigkeit der Landesbauverwaltung berücksichtigt. Die sonstigen Sachinvestitionen (Ausgaben der Beschaffung) sollen, ebenso wie die sächlichen Verwaltungsausgaben, auf niedrigerem Niveau verstetigt werden.

Tabelle 10: Entwicklung der Investitionsausgaben (in Mio. Euro)

| | HH 2004 | HPE 2005 | HPE 2006 | MIPLA 2007 | MIPLA 2008 |
|-------------------------------|------------|-------------|-------------|---------------|---------------|
| Bausausgaben | 283,7 | 161,9 | 149,5 | 187,3 | 191,5 |
| sonstige Sachinvestitionen | 63,8 | 42,4 | 42,6 | 38,5 | 41,0 |
| Erwerb von Beteiligungen | 25,9 | 55,6 | 63,0 | 56,0 | 43,0 |
| Darlehen und Gewährleistungen | 40,8 | 46,5 | 41,5 | 39,0 | 39,0 |

| | | | | | |
|--|---------|---------|---------|---------|---------|
| Zuweisungen und Zuschüsse für Investitio- nen | 1.598,6 | 1.756,4 | 1.751,9 | 1.596,1 | 1.410,1 |
| Gesamt | 2.012,8 | 2.062,9 | 2.048,6 | 1.916,9 | 1.724,7 |

Mit dem geplanten Niveau der Investitionsausgaben wird auch im Finanzplanungszeitraum die verfassungsmäßige Kreditobergrenze eingehalten. Die Investitionsquote – als Verhältnis der Ausgaben für Investitionen zu den bereinigten Gesamtausgaben – und die Ausgaben für Investitionen je Einwohner werden sich wie folgt entwickeln:

Tabelle 11: Entwicklung der Investitionsquote und der Investitionsausgaben je Einwohner in Euro (Einwohnerstand 30.06.2004)

| | HH 2004 | HPE 2005 | HPE 2006 | MIPLA 2007 | MIPLA 2008 |
|-------------------------------|------------|-------------|-------------|---------------|---------------|
| Investitionsqu ote in v.H. | 20,8 | 20,7 | 20,4 | 19,6 | 18,2 |
| in Euro je Einwohner | 783,7 | 803,1 | 797,6 | 746,3 | 671,5 |

6.2.6 Globale Minderausgabe

Im Doppelhaushalt 2005/2006 gelingt es, den Haushalt ohne Ausbringung einer allgemeinen Globalen Minderausgabe auszugleichen. Bei den hier genannten Beträgen handelt es sich um ressortspezifische Globale Minderausgaben. Die Höhe der Globalen Minderausgaben in den Jahren 2007 und 2008 dokumentiert den Handlungsdruck, den eingeschlagenen Konsolidierungskurs unvermindert fortzuführen. Die allgemeinen Globalen Minderausgaben belaufen sich in 2007 auf rd. –312 Mio. Euro und in 2008 auf rd. – 605 Mio. Euro. Da auf der Einnahmeseite keine grundlegende Besserung zu erwarten ist, muss der Prozess der Ausgabenreduzierung konsequent fortgeführt werden. Einmalig wirkende Entlastungen oder Verschiebungen von Ausgaben in die Folgejahre stellen keine Lösung des Problems dar.

Tabelle 12: Entwicklung der Globalen Minderausgaben in den Jahren 2004 – 2008 (in Mio. Euro)

| | HH 2004 | HPE 2005 | HPE 2006 | MIPLA 2007 | MIPLA 2008 |
|--|------------|-------------|-------------|---------------|---------------|
|--|------------|-------------|-------------|---------------|---------------|

| | | | | | |
|-----|------|------|-----|-------|-------|
| GMA | 75,7 | 11,0 | 9,8 | 322,4 | 615,6 |
|-----|------|------|-----|-------|-------|

7. Finanzbeziehungen des Landes Brandenburg zu den Kommunen

Das Land sorgt gemäß Artikel 99 der Landesverfassung durch den Kommunalen Finanzausgleich (KFA) dafür, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände (Kommunen) ihre Aufgaben erfüllen können. Im Rahmen des KFA sind sie insbesondere angemessen an den Steuereinnahmen des Landes zu beteiligen (Steuerverbund). Die näheren Regelungen ergeben sich aus dem Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG). Im Haushaltsplan sind die Zuweisungen des Landes aus dem Steuerverbund und die sonstigen Leistungen des Landes im Rahmen des KFA im Kapitel 20 030 zusammengefasst. Weitere Mittel für die Kommunen werden über die Einzelpläne der Ressorts bereit gestellt.

Durch den Steuerverbund werden die Kommunen mit rd. 20 % an den Einnahmen des Landes aus Steuern einschließlich Länderfinanzausgleich und Fehlbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen beteiligt sowie mit 40 % an den Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen. Die Höhe der Zuweisungen variiert deshalb in starker Abhängigkeit von der Einnahmesituation des Landes. Starke Schwankungen ergeben sich auch daraus, dass der KFA im laufenden Haushaltsjahr nach den Einnahmeansätzen bei den Steuern ausgezahlt, spätestens im übernächsten Jahr jedoch aufgrund der tatsächlichen Steuereinnahmen abgerechnet wird. Die insbesondere zum Jahresende hin unerwartet günstige Steuerentwicklung im Jahr 2004 führte deshalb dazu, dass der KFA 2005 um 20 Mio. € aus der Abrechnung 2004 aufgestockt und die Mindereinnahmen aus der Abrechnung 2003 im Haushaltsjahr 2006 kompensiert werden konnten. Dazu tritt die Gewerbesteuerreform durch die die Kommunen, insbesondere über die Absenkung der Gewerbesteuerumlage, nachhaltig entlastet werden. Darüber hinaus ist die bundesrechtliche Neuordnung der Sozial- und Arbeitslosenhilfe in Kraft getreten, die bundesweit insgesamt zu einer Entlastung der Kommunen führen soll.

Da einnahmeseitig keine nachhaltige Aufwärtsentwicklung zu erwarten ist, können die Kommunen auch längerfristig nicht mit höheren Zuweisungen des Landes rechnen. Sie sind vielmehr aufgefordert, ihre noch vorhandenen Konsolidierungspotentiale zu nutzen, die nach gutachterlichen Untersuchungen eine Größenordnung von 400 bis 500 Mio. € aufweisen, und ebenfalls entsprechende Strukturmaßnahmen zu ergreifen.

Dessen ungeachtet verkennt die Landesregierung nicht, dass sich viele Kommunen insbesondere aufgrund gestiegener Soziallasten in einer kritischen Haushaltslage befinden. Diesen Umstand hat das Land bei der Neuordnung des KFA durch das Finanzausgleichsgesetz (BbgFAG) berücksichtigt und insofern für einen aufgabenadäquat strukturierten Finanzausgleich Sorge getragen.

Kommunale Steuerentwicklung

Die Entwicklung der wichtigsten kommunalen Steuereinnahmen wird im Ergebnis der Steuerschätzungen vom November 2004 für die Jahre 2004 und 2005 sowie vom Mai 2004 für die Jahre 2006 bis 2008 wie folgt prognostiziert:

Tabelle 13: Entwicklung der Steuereinnahmen der Gemeinden bis 2008

| Steuerart | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 |
|---|-------|-------|-------|-------|---------|
| | Mio € | | | | |
| Einkommen- und Zinsab-schlagsteuer | 221,1 | 214,2 | 228,4 | 241,2 | 249,7 |
| Grundsteuer A | 11,0 | 10,0 | 11,0 | 11,0 | 11,0 |
| Grundsteuer B | 210,0 | 231,0 | 220,0 | 226,0 | 231,0 |
| Gewerbsteuer (brutto) | 353,0 | 359,0 | 354,0 | 370,0 | 378,0 |
| Umsatzsteuer 1 | 71,0 | 73,0 | 72,0 | 73,0 | 75,0 |
| Zusammen | 866,1 | 887,2 | 885,4 | 921,2 | 944,7 |
| Ausgleich Steuerausfälle Fa-milienleistungsausgleich durch das Land | 66,2 | 67,4 | 70,4 | 72,5 | 74,7 |
| Insgesamt | 932,3 | 954,6 | 955,8 | 993,7 | 1.019,4 |
| Änderung zum Vorjahr in Prozent | . | 2,39 | 0,13 | 3,96 | 2,59 |

Quelle: Regionalisiertes Ergebnis des AK „Steuerschätzung“ vom Mai 2004 bzw. Nov. 2004

¹ Gemeindeanteil

Entwicklung des KFA

Da der Steuerverbund den weitaus größten Teil des KFA ausmacht, korrespondiert dessen Entwicklung weitgehend mit den Steuererwartungen.

Tabelle 14: Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs

| Kommunaler Finanzaus- gleich | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 |
|---|-------|-------|-------|-------|-------|
| | Mio € | | | | |
| Steuerver- bund | 1.614 | 1.813 | 1.771 | 1.785 | 1.817 |
| davon: – allge- meine Zu- weisungen | 1.393 | 1.481 | 1.441 | 1.458 | 1.490 |
| – investive Zuweisungen | 221 | 332 | 330 | 327 | 327 |
| KFA außer- halb des Steuerver- bunds | 115 | 343 | 341 | 331 | 332 |
| KFA insge- samt | 1.729 | 2.156 | 2.112 | 2.116 | 2.149 |

Quelle: Regionalisiertes Ergebnis des AK „Steuerschätzung“ vom Mai 2004 bzw. Nov. 2004, Gesetzentwurf der Landesregierung zum Haushaltsstrukturgesetz 2005

Die konkrete Dotierung und Aufteilung dieser Finanzausgleichsleistungen wird nach Maßgabe des künftigen Finanzausgleichsgesetzes jeweils durch die aktuellen Haushaltspläne erfolgen. Strukturelle Verschiebungen innerhalb des KFA sind gegenwärtig nicht vorgesehen, könnten sich aber im Zuge der für das Ausgleichsjahr 2007 erforderlichen Überprüfung des vertikalen und horizontalen Finanzausgleichs gem. §§ 3 Abs. 3 , 8 Abs. 4 BbgFAG ergeben.

ANHANG

Rechtliche Grundlagen der Finanzplanung

Nach § 9 Absatz 1 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 08. Juni 1967 sind Bund und –über den Verweis des § 14 StWG– auch die Länder verpflichtet, ihre Haushaltswirtschaft einer fünfjährigen Finanzplanung zu unterwerfen. Nach § 50 Absatz 2 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) stellt das erste Jahr der Finanzplanung das laufende Haushaltsjahr dar.

Gemäß dem Beschluss des Kabinetts (Nr. 76/05) über den Doppelhaushalt 2005/2006 vom 01. Februar 2005 entsprechen die Angaben für die Jahre 2005/2006 dem Regierungsentwurf 2005/2006. Der Finanzplanungszeitraum umfasst die Jahre 2007 bis 2008.

Gemäß § 28 Landeshaushaltsordnung (LHO) stellt das Ministerium der Finanzen die fünfjährige Finanzplanung auf. Die Landesregierung beschließt nach § 29 LHO die Finanzplanung und leitet sie nach § 31 LHO spätestens im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes dem Landtag zu.

Nach § 9 Absatz 3 StWG in Verbindung mit § 50 Abs. 3 HGrG ist der Finanzplan den gesetzgebenden Gebietskörperschaften spätestens im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes für das nächste Haushaltsjahr vorzulegen. Die Landesregierung wird daher die Finanzplanung spätestens im Zusammenhang mit dem Regierungsentwurf zum Haushalt 2007 unter Berücksichtigung der dann herrschenden Rahmenbedingungen aktualisieren und als Finanzplanung der Jahre 2006 – 2010 vorlegen.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---------|---|
| BB | Brandenburg |
| BIP | Bruttoinlandsprodukt |
| WFL | finanzschwache westdeutsche Flächenländer (Niedersachsen, Rheinland–Pfalz, Saarland, Schleswig–Holstein) |
| NI | Niedersachsen |
| RP | Rheinland–Pfalz |
| SL | Saarland |
| SH | Schleswig–Holstein |
| nBl | neue Bundesländer |
| SN | Sonderbedarfs–Bundesergänzungszuweisung |
| FehlBEZ | Fehlbetragsbundesergänzungszuweisungen |
| LFA | Länderfinanzausgleich |
| HGrG | Haushaltsgrundsätzegesetz |
| FAG | Finanzausgleichsgesetz |
| StWG | Stabilitäts– und Wachstumsgesetz |
| KFA | Kommunaler Finanzausgleich |
| BbgFAG | Brandenburgisches Finanzausgleichsgesetz |
| HG | Haushaltsgesetz |
| GMA | Globale Minderausgaben |

Tabellenanhang

Tabelle 1: Ausgaben und Einnahmen des Landes Brandenburg

| Zweckbestimmung | HGGr | | | 2006 | 2007 | 2008 |
|---|------------|----------------|----------------|-----------------|----------------|----------------|
| I. Ausgaben | | | | – in Mio EU | | |
| Personalausgaben 1) | 4 | 2.263,2 | 2.179,6 | 2.221,8 | 2.315,8 | 2.341,8 |
| Sächliche Verwaltungsausgaben | 51–54 | 340,3 | 369,3 | 359,9 | 358,9 | 358,0 |
| Schuldendienst (Zinsausgaben) | 56–59 | 865,4 | 830,3 | 869,7 | 892,3 | 928,9 |
| Laufende Zuweisungen und Zuschüsse | 6 | 4.271,1 | 4.523,5 | 4.532,3 | 4.620,1 | 4.718,3 |
| Baumaßnahmen | 7 | 283,7 | 161,9 | 149,5 | 187,3 | 191,5 |
| Sonstige Investitionsausgaben | 8 | 1.729,1 | 1.901,0 | 1.899,1 | 1.729,6 | 1.533,2 |
| Sachinvestitionen | 81, 82 | 63,8 | 42,4 | 42,6 | 38,5 | 41,0 |
| Investitionsförderung | 83–89 | 1.665,3 | 1.858,6 | 1.856,5 | 1.691,1 | 1.492,2 |
| Besondere Finanzierungsausgaben | 9 | 58,1 | 20,7 | 20,0 | –294,4 | –589,2 |
| Gesamtausgaben | | 9.811,0 | 9.986,3 | 10.052,3 | 9.809,6 | 9.482,6 |
| II. Einnahmen | | | | | | |
| Steuern | 01, 05, 06 | 4.347,2 | 4.338,5 | 4.483,5 | 4.551,3 | 4.685,0 |
| Steuerähnliche Abgaben | 09 | 7,2 | 7,9 | 8,0 | 8,1 | 8,2 |
| Verwaltungseinnahmen, | 1 | 317,5 | 335,3 | 329,2 | 309,6 | 307,9 |
| Einnahmen aus Zuweisungen u. Zuschüssen | 2 | 3.189,2 | 3.373,5 | 3.404,0 | 3.439,8 | 3.422,1 |
| Investitionszuweisungen | 3 ohne 32 | 827,4 | 954,8 | 996,2 | 844,4 | 578,0 |
| Schuldenaufnahme am Kreditmarkt | 32 | 1.122,5 | 976,4 | 831,4 | 656,4 | 481,4 |
| Gesamteinnahmen | | 9.811,0 | 9.986,3 | 10.052,3 | 9.809,6 | 9.482,6 |
| <u>Nachrichtlich:</u> | | | | | | |
| Laufende Einnahmen | | 7.818,1 | 8.018,0 | 8.191,5 | 8.285,0 | 8.400,5 |
| Laufende Ausgaben | | 7.740,0 | 7.902,7 | 7.983,7 | 8.187,0 | 8.346,9 |

Abweichung durch Rundung

1) Personalausgaben einschließlich Verstärkungsmittel

Tabelle 2: Haushaltswirtschaftliche Quoten

| | HGr/OGr | 2004 (NHH 2004) | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 |
|-----------------------------|-----------|--------------------|------|------|------|------|
| Steuerdeckungsquote 1) | 0 | 44,9 | 43,6 | 44,7 | 46,5 | 49,5 |
| Kreditfinanzierungsquote 2) | 32 | 11,6 | 9,8 | 8,3 | 6,7 | 5,1 |
| Personalausgabenquote 3) | 4 | 23,0 | 21,0 | 20,5 | 21,4 | 22,4 |
| Zinsausgabenquote 4) | 56, 57 | 8,9 | 8,3 | 8,7 | 9,1 | 9,8 |
| Zinssteuerquote 5) | 0, 56, 57 | 19,9 | 19,1 | 19,4 | 19,6 | 19,8 |
| Investitionsquote 6) | 7, 8 | 20,8 | 20,7 | 20,4 | 19,6 | 18,2 |

1) Anteil der Steuereinnahmen (ohne LFA, BEZ und steuerähnl. Abgaben) an den bereinigten Gesamtausgaben

2) Anteil der Schuldenaufnahme am Kreditmarkt an den bereinigten Gesamtausgaben

3) Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben ohne PVM

4) Anteil der Zinsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben

5) Anteil der Zinsausgaben an den Steuereinnahmen des Landes (ohne LFA , BEZ und steuerähnl. Abgaben)

6) Anteil investiven Ausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben

| | Kapitel, HGr, OGr, TG, Titel | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 |
|---|--|-------|-------|-------|---------|-------|
| – in Mio EUR – | | | | | | |
| 1. EU Strukturfonds* / Gemeinschaftsinitiativen (Periode 2000 – 2006 und 2007 ff) | | | | | | |
| EFRE | 08 050 TGr. 82 | 240,0 | 280,0 | 345,0 | 211,8 | 0,0 |
| Landeskofinanzierung ** | Haushaltsansätze div. Einzelpläne (03, 05, 06, 08, 10, 11) | 71,0 | 85,5 | 78,4 | 57,5 ** | ** |
| EFRE (2007 – 2013)** | 08 050 TGr. 94 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 40,0 | 120,0 |
| ESF | 07 030 272 50 684 50; 272 10, TGr. 70; ab 2007 272 15 TGr. 74 | 113,0 | 113,7 | 117,5 | 133,0 | 117,1 |
| Landeskofinanzierung | 04 050 547 10, 684 10, 684 50; 07 030 TGr. 71 ab 2007 TGr. 75 | 14,6 | 13,3 | 12,8 | 16,3 | 14,5 |
| EAGFL | 10 025 TGr. 61, ab 2007 TGr. 80 | 151,3 | 136,3 | 120,8 | 126,5 | 96,5 |
| Landeskofinanzierung | 10 025 TGr. 63, ab 2007 TGr. 81 | 50,3 | 45,4 | 40,2 | 42,2 | 32,2 |
| INTERREG III A | 08 050 TGr. 85 | 28,9 | 30,8 | 27,1 | 10,9 | 4,7 |
| Landeskofinanzierung | 08 050 TGr. 86 | 1,7 | 1,3 | 1,2 | 0,6 | 0,2 |
| LEADER + | 10 025 TGr. 71, ab 2007 TGr. 82 | 6,0 | 9,0 | 9,0 | 9,0 | 9,0 |
| Landeskofinanzierung | 10 025 TGr. 63, ab 2007 TGr. 81 | 2,0 | 3,0 | 3,0 | 3,0 | 3,0 |
| 2. Innere Sicherheit und Justiz | | | | | | |
| Ordentliche Gerichte / Staatsanwaltschaften; Verwaltungsgerichte; Finanzgericht; Arbeits- u. Sozialgerichte | 04 040, 04 090, 04 100, 04 110, 04 120 HGr. 4–8 15 104 712 10 | 279,4 | 274,7 | 274,9 | 288,6 | 291,1 |
| Justizvollzug; Soziale Dienste | 04 050 HGr. 4–8; 04 080 HGr. 4–8; 15 104 713 10 | 96,7 | 87,9 | 83,6 | 89,1 | 87,5 |
| Polizei/Munitionsbergung | 03 101 – 03 150 HGr. 4–8, 15 103; 713 10, 711 11, 716 10 | 453,2 | 428,4 | 422,4 | 439,9 | 446,3 |

* ohne Technische Hilfe und GI Urban (da keine Landeskofinanzierung)

Aufgrund des breiten Einsatzspektrums der Strukturfonds kommt es zu Überschneidungen mit den übrigen Schwerpunkten.

** ohne Kofinanzierung für Förderperiode 2007 – 2013

| | | | | | | |
|---|---|---------|---------|---------|-------|-------|
| 3. Ausbau der Infrastruktur | | | | | | |
| GA | 08 050 883 61 | 44,1 | 50,8 | 47,4 | 44,7 | 49,5 |
| EFRE 2000 – 2006 | 08 050 883 82 | 170,0 | 200,0 | 257,8 | 195,8 | 0,0 |
| Erhaltung und Ausbau des Straßennetzes | 11 460 HGr. 5, 7–8 abzgl. HGr. 9 | 181,7 | 162,6 | 158,9 | 158,9 | 158,9 |
| Weiterer Ausbau und Förderung von | | | | | | |
| – Binnenhäfen | 11 470 TGr. 60 | 0,2 | 0,5 | 0,5 | 0,2 | 0,2 |
| – Luftfahrt | 11 490 892 10 u. 892 11 | 0,1 | 0,04 | 0,04 | 0,04 | 0,04 |
| – ÖPNV/SPNV | 11 500 HGr. 8 ohne TGr. 70 | 37,9 | 4,0 | 4,0 | 4,0 | 3,0 |
| Stadtentwicklung und Wohnen, Stadtumbau | 11 040 HGr. 8 ohne 892 10 | 135,9 | 130,5 | 110,1 | 111,8 | 105,8 |
| Landwirtschaft und ländlicher Raum, Forstwirtschaft | 10 025 HGr. 8 u. 10 080 ausgewählte Titel der HGr. 8 | 296,9 | 269,5 | 249,4 | 225,0 | 225,0 |
| Abfallwirtschaft, Altlasten, Boden- und Immissionsschutz | 10 050 HGr. 8 | 48,0 | 48,0 | 48,0 | 48,0 | 48,0 |
| Gewässerschutz und Wasserwirtschaft | 10 040 HGr. 8; 10 105 HGr. 7, 10 025 ausgewählte Titel HGr. 7 | 45,0 | 45,0 | 43,2 | 45,0 | 45,0 |
| Braunkohlensanierung | 11 200 TGr. 61 | 51,8 | 47,6 | 47,7 | 47,7 | 47,7 |
| 4. Bildung und Wissenschaft | | | | | | |
| Schulen | 05 300 – 370, 05 410 | 1.087,7 | 1.050,0 | 1.006,8 | 995,4 | 980,2 |
| Ausbildungsförderung (BAföG), Meister-BAföG | 06 050 681 50, 681 51, 681 52, 863 51 | 96,0 | 96,8 | 96,7 | 96,7 | 96,7 |
| Universitäten und Fachhochschulen (ohne Bau) | 06 100 | 221,9 | 216,7 | 218,8 | 220,6 | 220,6 |
| Bau und Erstausrüstung von Hochschulen | 06 110, 15 160 (zuzüglich EFRE-Mittel) | 63,7 | 58,0 | 53,8 | 58,2 | 55,4 |
| Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen | 06 020 685 10; 06 030 TGr. 60, 70, 80 10 020 TGr. 81 u. 82 HGr. 6 u. 8 | 88,0 | 87,9 | 86,7 | 84,8 | 84,8 |

| | | | | | | |
|---|--|-------|-------|-------|-------|-------|
| 5. Arbeitsmarkt / Wirtschaftsförderung | | | | | | |
| Arbeitsmarkt | | | | | | |
| – Maßnahmen nach SGB III (Kofinanzierung ABM, Modellprojekt "Mainzer Modell") | 07 030 TGr. 64 | 9,2 | – | – | – | – |
| – EU- und andere Landesprogramme | 07 030 684 50, TGr. 70 – 73; ab 2007 TGr. 74 – 75 | 132,6 | 132,1 | 136,0 | 155,5 | 137,3 |
| – Berufliche Aus- und Weiterbildung (Ausbildung in Kammerberufen, Investitionen in Berufsbildungsstätten) | 07 030 TGr. 63 | 1,7 | 1,3 | 1,3 | 1,3 | 1,3 |
| Strukturförderung (GA) | 08 050 892 61 | 172,1 | 157,7 | 155,3 | 158,7 | 153,9 |
| Strukturförderung (EU) 2000 – 2006 | 08 050 892 82, 08 050 TGr. 83–86 | 103,5 | 115,0 | 118,5 | 30,7 | 8,5 |
| Strukturförderung (EU) 2007 – 2013 | 08 050 892 94 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 40,0 | 120,0 |
| Technologieprogramm | 08 050 TGr. 62 | 5,8 | 4,5 | 4,7 | 4,8 | 4,7 |
| Förderung der mittelständischen Wirtschaft (einschl. Tourismus) | 08 030 08 050 ohne TGr. 61, 62, 82–86, 94 | 33,1 | 31,4 | 27,5 | 25,4 | 38,9 |
| Filmförderung | 08 050 683 10, 686 10, 686 11; 671 40, 671 50 | 8,0 | 8,0 | 8,0 | 8,0 | 8,0 |
| 6. Europa / Osterweiterung | (anteilig in 02 010), 02 070 HGr. 4–8 15 102 714 10 | 2,6 | 2,8 | 1,8 | 1,8 | 1,8 |

Tabelle 4: Steuereinnahmen

| Steuerart | 2004 (NHH 2004) | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 |
|-------------------------------------|----------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| I. Gemeinschaftsteuern | – in Mio EUR – | | | | |
| Lohnsteuer | 947,2 | 865,0 | 900,0 | 920,0 | 930,0 |
| Veranlagte Einkommensteuer | –335,0 | –275,0 | –285,0 | –260,0 | –246,5 |
| Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag | 17,5 | 20,0 | 17,0 | 19,5 | 19,0 |
| Zinsabschlagsteuer | 50,0 | 22,0 | 24,0 | 23,3 | 24,0 |
| Körperschaftsteuer | –10,0 | 95,0 | 90,0 | 50,0 | 55,0 |
| Gewerbesteuerumlage | 40,0 | 29,0 | 25,0 | 34,0 | 35,0 |
| Gemeinschaftsteuern | 709,7 | 756,0 | 771,0 | 786,8 | 816,5 |
| II. Steuern vom Umsatz | 3.241,0 | 3.160,0 | 3.290,0 | 3.360,0 | 3.470,0 |
| III. Ländersteuern | | | | | |
| Erbschaftsteuer | 9,0 | 9,0 | 8,0 | 8,0 | 8,0 |
| Grunderwerbsteuer | 94,0 | 90,0 | 88,0 | 86,0 | 84,0 |
| Kraftfahrzeugsteuer | 229,0 | 263,0 | 265,0 | 250,0 | 245,0 |
| Totalisatorsteuer | 0,5 | 0,5 | 0,5 | 0,5 | 0,5 |
| Lotteriesteuer | 38,0 | 44,0 | 45,0 | 46,0 | 47,0 |
| Feuerschutzsteuer | 8,0 | 8,0 | 8,0 | 8,0 | 8,0 |
| Biersteuer | 18,0 | 8,0 | 8,0 | 6,0 | 6,0 |
| Ländersteuern | 396,5 | 422,5 | 422,5 | 404,5 | 398,5 |
| Steuereinnahmen insgesamt | 4.347,2 | 4.338,5 | 4.483,5 | 4.551,3 | 4.685,0 |
| <u>Nachrichtlich:</u> | | | | | |
| Horizontaler LFA | 515,0 | 590,0 | 600,0 | 620,0 | 635,0 |
| Fehlbetrags-BEZ | 250,0 | 224,0 | 230,0 | 240,0 | 250,0 |
| Sonderbedarfs-BEZ | 1.493,5 | 1.509,0 | 1.501,7 | 1.487,0 | 1.465,0 |
| BEZ für politische Führung | 83,9 | 55,2 | 55,2 | 55,2 | 55,2 |
| BEZ für HARTZ IV | 0,0 | 190,0 | 190,0 | 190,0 | 190,0 |
| Steuereinnahmen, LFA, BEZ | 6.689,6 | 6.906,7 | 7.060,4 | 7.143,5 | 7.280,3 |

Abweichung durch Rundung

Tabelle 5: Finanzierungsübersicht

| | 2004 (NHH 2004) | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 |
|--|--------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| | – in Mio EUR – | | | | |
| I. Ermittlung des Finanzierungssaldos | | | | | |
| 1. Ausgaben 1) | 9.677,2 | 9.954,6 | 10.022,6 | 9.781,6 | 9.456,2 |
| 2. Einnahmen 2) | 8.694,5 | 9.038,7 | 9.247,5 | 9.177,7 | 9.023,8 |
| 3. Finanzierungssaldo | 982,7 | 915,9 | 775,1 | 603,9 | 432,4 |
| II. Zusammensetzung des Finanzierungssaldos | | | | | |
| 1. Finanzierungssaldo | 982,7 | 915,9 | 775,1 | 603,9 | 432,4 |
| 2. Schuldentilgung am Kreditmarkt | 1.533,0 | 1.503,7 | 2.409,3 | 2.282,2 | 2.833,4 |
| 3. Fehlbeträge aus Vorjahren | 125,7 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 4. Zuführung an Rücklagen, Fonds, Stöcke | 5,5 | 29,1 | 27,1 | 25,3 | 23,6 |
| 5. Saldo | 2.646,9 | 2.448,7 | 3.211,5 | 2.911,4 | 3.289,4 |
| abzüglich | | | | | |
| 6. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt | –2.655,5 | –2.480,1 | –3.240,7 | –2.938,6 | –3.314,8 |
| 7. Überschüsse aus Vorjahren | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 8. Entnahme aus Rücklagen, Fonds, Stöcken | 8,3 | 31,2 | 29,1 | 27,1 | 25,3 |
| Nachrichtlich: | | | | | |
| Nettokreditaufnahme | 1.122,5 | 976,4 | 831,4 | 656,4 | 481,4 |

Abweichung durch Rundung

- 1) Ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrags
- 2) Ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen und Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen

Tabelle 6: Einnahmen und Ausgaben nach Arten
– Gemeinsames Schema des Finanzplanungsrates –
– in Mio EUR –

| Ziffer | Gruppierungsnummer | Zweckbestimmung | 2004 (NHH 2004) | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 |
|-----------|--------------------|--|--------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| 1 | | Einnahmen der laufenden Rechnung | 7.818,1 | 8.018,0 | 8.191,5 | 8.285,0 | 8.400,5 |
| 11 | 011-069 | Steuern | 4.347,2 | 4.338,5 | 4.483,5 | 4.551,3 | 4.685,0 |
| 12 | 09 (ohne 092) | Steuerähnliche Abgaben | 7,2 | 7,9 | 8,0 | 8,1 | 8,2 |
| 13 | 12 | Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit | 53,9 | 68,3 | 67,9 | 59,6 | 59,8 |
| 14 | | Zinseinnahmen | 3,9 | 3,3 | 3,1 | 2,9 | 2,8 |
| 141 | | vom öffentlichen Bereich | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1411 | 152 | Länder | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1412 | 153 | Gemeinden (GV) | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1413 | 157 | Zweckverbände | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1414 | 151,154,156 | Sonstige | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 142 | 16 | von anderen Bereichen | 3,9 | 3,3 | 3,0 | 2,9 | 2,8 |
| 15 | | Lfd. Zuweisungen u. Zusch. (o. Schuldendiensthilf.) | 3.239,4 | 3.431,5 | 3.462,0 | 3.497,6 | 3.479,9 |
| 151 | | vom öffentlichen Bereich | 2.978,6 | 3.167,7 | 3.185,1 | 3.207,5 | 3.219,6 |
| 1511 | 211,231 | Bund | 2.433,8 | 2.548,4 | 2.554,8 | 2.558,0 | 2.554,7 |
| 1512 | 212 | Länderfinanzausgleich | 515,0 | 590,0 | 600,0 | 620,0 | 635,0 |
| 1513 | 232 | sonstige von Ländern | 12,4 | 14,0 | 15,1 | 14,3 | 14,7 |
| 1514 | 213,233 | Gemeinden (GV) | 17,1 | 15,3 | 15,2 | 15,2 | 15,2 |
| 1515 | 217,237 | Zweckverbänden | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1516 | 216,235,236 | Sozialversicherungsträgern | 0,4 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1517 | 214,234 | Sonstige | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 152 | 112, 27, 28 | von anderen Bereichen | 260,8 | 263,8 | 276,9 | 290,1 | 260,3 |
| 16 | | Schuldendiensthilfen | 1,1 | 1,1 | 1,2 | 1,2 | 1,2 |
| 161 | | vom öffentlichen Bereich | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1611 | 221 | Bund | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1612 | 222 | Länder | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1613 | 223-227 | Sonstige | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 162 | 26 | von anderen Bereichen | 1,1 | 1,1 | 1,2 | 1,2 | 1,2 |
| 17 | | Sonstige Einnahmen der lfd. Rechnung | 165,3 | 167,3 | 165,9 | 164,3 | 163,6 |
| 171 | 111 | Gebühren, sonstige Entgelte | 130,1 | 132,0 | 131,8 | 131,5 | 131,2 |
| 172 | 119 | Sonstige Einnahmen | 35,2 | 35,4 | 34,1 | 32,8 | 32,4 |
| 2 | | Einnahmen d. Kapitalrechnung | 859,7 | 958,2 | 997,8 | 838,5 | 572,8 |
| 21 | 131,13 | Veräußerung von Sachvermögen | 13,9 | 18,3 | 16,4 | 8,3 | 7,3 |

| | | | | | | | |
|-----------|-------------|--|----------------|----------------|-----------------|----------------|----------------|
| 22 | | Vermögensübertragungen | 817,0 | 921,4 | 965,0 | 815,1 | 550,4 |
| 221 | | Zuweisungen für Investitionen v. öffentlichen Bereich | 442,9 | 450,7 | 438,6 | 426,8 | 392,5 |
| 2211 | 331 | Bund | 410,8 | 424,9 | 412,9 | 401,0 | 366,7 |
| 2212 | 332 | Länder | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2213 | 333 | Gemeinden (GV) | 6,5 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2214 | 336 | Sozialversicherungsträger | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2215 | 334, 337 | Sonstige | 25,6 | 25,7 | 25,7 | 25,7 | 25,7 |
| 222 | 34 | von anderen Bereichen | 373,8 | 470,4 | 526,0 | 388,0 | 157,6 |
| 223 | 29 | sonstige Vermögensübertragungen | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,4 |
| 23 | | Darlehnsrückflüsse | 19,2 | 18,4 | 16,2 | 15,0 | 15,0 |
| 231 | | vom öffentlichen Bereich | 9,0 | 7,9 | 5,8 | 4,8 | 4,8 |
| 2311 | 172 | Länder | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2312 | 173 | Gemeinden (GV) | 9,0 | 7,9 | 5,8 | 4,8 | 4,8 |
| 2313 | 177 | Zweckverbände | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2314 | 171,174,176 | Sonstige | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 232 | | von anderen Bereichen | 10,2 | 10,4 | 10,4 | 10,3 | 10,2 |
| 2321 | 141,181,182 | Sonstige im Inland | 10,2 | 10,4 | 10,4 | 10,3 | 10,2 |
| 2322 | 146, 186 | vom Ausland | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 24 | 133,13 | Veräußerung von Beteiligungen und dgl. | 9,5 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 25 | | Schuldenaufnahme bei Verwaltungen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 251 | 311 | vom Bund | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 252 | 312 | von Ländern | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 253 | 313 | von Gemeinden (GV) | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 254 | 314,317 | von sonstigen Verwaltungen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 3 | 37 | Globale Mehr- bzw. Mindereinnahmen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | | 0,0 |
| 4 | | Gesamteinnahmen (Ziff. 1+2+3) (Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge) | 8.677,8 | 8.976,2 | 9.189,3 | 9.123,5 | 8.973,3 |
| 5 | | Besondere Finanzierungsvorgänge | 1.130,8 | 1.007,7 | 860,5 | 683,5 | 506,7 |
| 51 | 32 | Schuldenaufnahme am | 1.122,5 | 976,4 | 831,4 | 656,4 | 481,4 |
| 52 | 35 | Entnahme aus Rücklagen, Fonds, Stöcken | 8,3 | 31,2 | 29,1 | 27,1 | 25,3 |
| 53 | 36 | Überschüsse aus Vorjahren | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 6 | | Zu- und Absetzungen | 2,4 | 2,5 | 2,5 | 2,6 | 2,6 |
| 64 | 38 | Nettostellungen (Verrechnungen u. ä.) | 2,4 | 2,5 | 2,5 | 2,6 | 2,6 |
| 7 | | Abschlußsumme d. Haushalte (Ziff. 4+5+6) | 9.811,0 | 9.986,3 | 10.052,3 | 9.809,6 | 9.482,6 |

| | | | | | | | |
|-----------|--------------------|--|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| 1 | | Ausgaben der lfd. Rechnung | 7.740,0 | 7.902,7 | 7.983,7 | 8.187,0 | 8.346,9 |
| 11 | 4 | Personalausgaben (einschl. Verstärkungsmittel) | 2.263,2 | 2.179,6 | 2.221,8 | 2.315,8 | 2.341,8 |
| 12 | | Laufender Sachaufwand | 490,9 | 481,0 | 466,2 | 465,2 | 464,9 |
| 121 | 51-54 | Sächliche Verwaltungsausgaben | 340,3 | 369,3 | 359,9 | 358,9 | 358,0 |
| 123 | 67 | Erstattungen an andere Bereiche | 126,0 | 89,0 | 85,9 | 85,1 | 86,0 |
| 124 | 686 | Sonstige Zuschüsse für lfd. Zwecke | 24,7 | 22,8 | 20,3 | 21,2 | 20,9 |
| 13 | | Zinsausgaben | 865,4 | 830,3 | 869,7 | 892,3 | 928,9 |
| 131 | | an Verwaltungen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1311 | 561 | Bund | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1312 | 564 | LFA und ERP | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1313 | 562,563,567 | Gemeinden (GV) | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 132 | | an andere Bereiche | 865,4 | 830,3 | 869,7 | 892,3 | 928,9 |
| 1321 | 573 | für Ausgleichsforderungen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1322 | 571,575,576 | Kreditmarktmittel im engeren Sinne | 865,4 | 830,3 | 869,7 | 892,3 | 928,9 |
| 1323 | 572 | an Sozialversicherungsträger | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 14 | | Lfd. Zuweisungen u. Zusch. (o. Schuldendiensthilf.) | 3.864,3 | 4.262,4 | 4.258,2 | 4.320,6 | 4.393,8 |
| 141 | | an öffentlichen Bereich | 2.486,0 | 2.825,3 | 2.800,8 | 2.815,4 | 2.899,4 |
| 1411 | 611,631 | Bund | 476,2 | 449,1 | 444,8 | 442,3 | 438,3 |
| 1412 | 612 | Länderfinanzausgleich | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1413 | 632 | Sonstige an Länder | 10,4 | 18,9 | 30,4 | 26,3 | 75,8 |
| 1414 | 613 | Allgemeine Finanzzuweisungen an Gemeinden (GV) | 1.442,5 | 1.530,5 | 1.487,7 | 1.496,9 | 1.530,4 |
| 1415 | 633 | Sonstige an Gemeinden (GV) | 535,8 | 805,6 | 816,6 | 828,5 | 833,6 |
| 1416 | 614,634 | Sondervermögen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1417 | 617,637 | Zweckverbände | 1,5 | 1,1 | 1,1 | 1,1 | 1,1 |
| 1418 | 616,636 | Sozialversicherungsträger | 19,7 | 20,2 | 20,3 | 20,3 | 20,3 |
| 142 | | an andere Bereiche | 1.378,2 | 1.437,1 | 1.457,4 | 1.505,2 | 1.494,5 |
| 1422 | 682,683,685 | Sonstige an Unternehmen | 860,5 | 974,2 | 990,6 | 1.018,3 | 1.025,4 |
| 1423 | 681 | Renten, Unterstützungen u.ä. | 274,5 | 222,6 | 223,4 | 223,5 | 223,6 |
| 1424 | 684 | Soziale u. ähnliche Einrichtungen | 243,2 | 240,2 | 243,5 | 263,4 | 245,5 |
| 1425 | 687, 688 | Ausland | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 15 | | Schuldendiensthilfen | 256,2 | 149,4 | 167,9 | 193,0 | 217,4 |
| 151 | | an öffentlichen Bereich | 4,3 | 4,3 | 4,3 | 4,3 | 4,3 |
| 1511 | 622 | Länder | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 1512 | 623 | Gemeinden (GV) | 4,3 | 4,3 | 4,3 | 4,3 | 4,3 |
| 1513 | 621, 624, 626, 627 | an öffentliche Einrichtungen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 152 | | an andere Bereiche | 251,9 | 145,0 | 163,5 | 188,7 | 213,1 |
| 1521 | 661,662,664 | Unternehmen | 51,1 | 8,9 | 12,7 | 16,6 | 37,8 |
| 1522 | 663 | Sonstige im Inland | 200,8 | 136,1 | 150,9 | 172,1 | 175,3 |
| 1523 | 666 | Ausland | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2 | | Ausgaben der Kapitalrechnung | 2.012,8 | 2.062,9 | 2.048,6 | 1.917,0 | 1.724,9 |
| 21 | | Sachinvestitionen | 347,5 | 204,3 | 192,1 | 225,8 | 232,5 |
| 211 | 7 | Baumaßnahmen | 283,7 | 161,9 | 149,5 | 187,3 | 191,5 |
| 212 | 82 | Erwerb von unbeweglichen Sachen | 8,8 | 3,9 | 3,6 | 3,6 | 3,6 |
| 213 | 81 | Erwerb von beweglichen Sachen | 55,0 | 38,5 | 39,0 | 34,9 | 37,4 |

| | | | | | | | |
|-----------|-------------|--|----------------|----------------|-----------------|----------------|----------------|
| 22 | | Vermögensübertragungen | 1.598,6 | 1.756,4 | 1.751,9 | 1.596,1 | 1.410,3 |
| 221 | | Zuweisungen für Investitionen an öffentlichen Bereich | 1.062,5 | 890,6 | 913,6 | 987,2 | 761,3 |
| 2211 | 882 | Länder | 0,5 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,4 |
| 2212 | 883 | Gemeinden (GV) | 1.054,4 | 888,7 | 911,7 | 985,3 | 759,4 |
| 2213 | 887 | Zweckverbände | 1,5 | 1,5 | 1,5 | 1,5 | 1,5 |
| 2214 | 881,884,886 | Sonstige | 6,1 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 222 | 89 | Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche | 536,1 | 865,8 | 838,3 | 608,9 | 648,9 |
| 223 | 69 | Sonstige Vermögensübertragungen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,1 | 0,2 |
| 23 | | Darlehen | 40,8 | 46,5 | 41,5 | 39,0 | 39,0 |
| 231 | | an öffentlichen Bereich | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2311 | 852 | Länder | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2312 | 853 | Gemeinden (GV) | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2313 | 857 | Zweckverbände | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 2314 | 851,854,856 | Sonstige | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 232 | 86, 87 | an andere Bereiche | 40,8 | 46,5 | 41,5 | 39,0 | 39,0 |
| 24 | 83 | Erwerb von Beteiligungen u. ä. | 25,9 | 55,6 | 63,0 | 56,0 | 43,0 |
| 25 | | Tilgungsausgaben an öffentlichen Bereich | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 251 | 581 | Bund | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 252 | 584 | LAF und ERP | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 253 | 582,583,587 | sonstige Verwaltungen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 3 | 97 | Globale Mehr- bzw. Minderausgaben | -75,7 | -11,0 | -9,8 | -322,4 | -615,6 |
| 4 | | Gesamtausgaben (Ziffern 1+2+3) (Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge) | 9.677,2 | 9.954,6 | 10.022,6 | 9.781,6 | 9.456,2 |
| 5 | | Besondere Finanzierungsvorgänge | 131,2 | 29,1 | 27,1 | 25,3 | 23,6 |
| 51 | | Schuldentilgung | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 511 | 595 | für Kreditmarktmittel | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 512 | 593 | Ausgleichsforderungen | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 513 | 592 | Sozialversicherungsträger | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 514 | 591,6 | Sonstige | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 52 | 91 | Zuführungen an Rücklagen, Fonds, Stöcke | 5,5 | 29,1 | 27,1 | 25,3 | 23,6 |
| 53 | 96 | Deckung von | 125,7 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 6 | | Zu- und Absetzungen | 2,6 | 2,6 | 2,7 | 2,8 | 2,8 |
| 64 | 98 | Nettostellungen (Verrechnungen u. ä.) | 2,6 | 2,6 | 2,7 | 2,8 | 2,8 |
| 7 | | Abschlusssumme der Haushalte (Ziff. 4+5+6) | 9.811,0 | 9.986,3 | 10.052,3 | 9.809,6 | 9.482,6 |

Tabelle 7a: Einzelplanplafonds 2004 bis 2008

Ausgaben

| Einzelplan | 2004 (NHH 2004) | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 |
|--|----------------------------|----------------|-----------------|----------------|----------------|
| | – in Mio EUR | | | | |
| 01 Landtag | 27,3 | 27,6 | 25,4 | 26,0 | 26,1 |
| 02 Ministerpräsident und Staatskanzlei | 13,4 | 14,6 | 13,6 | 14,1 | 14,1 |
| 03 Inneres | 517,5 | 502,7 | 510,3 | 519,4 | 575,2 |
| 04 Justiz | 324,7 | 340,2 | 344,5 | 353,8 | 355,4 |
| 05 Bildung, Jugend und Sport | 1.303,3 | 1.264,8 | 1.223,3 | 1.224,8 | 1.213,5 |
| 06 Wissenschaft, Forschung und Kultur | 536,8 | 514,0 | 516,6 | 516,1 | 517,3 |
| 07 Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie | 764,7 | 733,3 | 751,7 | 785,2 | 774,3 |
| 08 Wirtschaft | 566,2 | 594,0 | 645,1 | 535,3 | 410,4 |
| 10 Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz | 764,9 | 662,9 | 644,3 | 649,0 | 648,7 |
| 11 Infrastruktur und Raumordnung | 1.279,8 | 1.171,1 | 1.158,3 | 1.189,4 | 1.184,5 |
| 12 Finanzen | 212,7 | 207,6 | 210,1 | 219,3 | 221,8 |
| 13 Landesrechnungshof | 11,1 | 10,0 | 10,1 | 10,4 | 10,7 |
| 14 Verfassungsgericht | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,4 | 0,4 |
| 15 Hochbaumaßnahmen | 181,3 | 171,9 | 157,9 | 195,2 | 199,9 |
| 20 Allgemeine Finanzverwaltung | 3.307,0 | 3.771,1 | 3.840,7 | 3.571,2 | 3.330,2 |
| Gesamtausgaben | 9.811,0 | 9.986,3 | 10.052,3 | 9.809,6 | 9.482,6 |
| – Veränderung zum Vorjahr in v. H. – | | | | | |
| 01 Landtag | 17,8 | 1,1 | -7,8 | 2,6 | 0,3 |
| 02 Ministerpräsident und Staatskanzlei | 4,7 | 9,4 | -7,1 | 3,6 | 0,3 |
| 03 Inneres | 0,9 | -2,9 | 1,5 | 1,8 | 10,8 |
| 04 Justiz | 6,3 | 4,8 | 1,3 | 2,7 | 0,5 |
| 05 Bildung, Jugend und Sport | -4,3 | -2,9 | -3,3 | 0,1 | -0,9 |
| 06 Wissenschaft, Forschung und Kultur | -3,3 | -4,2 | 0,5 | -0,1 | 0,2 |
| 07 Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie | -5,9 | -4,1 | 2,5 | 4,5 | -1,4 |
| 08 Wirtschaft | 13,9 | 4,9 | 8,6 | -17,0 | -23,3 |
| 10 Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz | 13,5 | -13,3 | -2,8 | 0,7 | 0,0 |
| 11 Infrastruktur und Raumordnung | -1,5 | -8,5 | -1,1 | 2,7 | -0,4 |
| 12 Finanzen | -5,1 | -2,4 | 1,2 | 4,4 | 1,1 |
| 13 Landesrechnungshof | -0,9 | -10,0 | 0,4 | 3,6 | 2,9 |
| 14 Verfassungsgericht | 7,2 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 15 Hochbaumaßnahmen | 18,7 | -5,2 | -8,1 | 23,6 | 2,4 |
| 20 Allgemeine Finanzverwaltung | -4,7 | 14,0 | 1,8 | -7,0 | -6,7 |
| Gesamtausgaben | -1,0 | 1,8 | 0,7 | -2,4 | -3,3 |

Abweichung durch Rundung

Tabelle 7b: Einzelplanplafonds 2004 bis 2008

Einnahmen

| Einzelplan | 2004 (NHH 2004) | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 |
|--|----------------------------|----------------|-----------------|----------------|----------------|
| | – in Mio EUR – | | | | |
| 01 Landtag | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 02 Ministerpräsident und Staatskanzlei | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 03 Inneres | 41,5 | 45,6 | 47,0 | 46,0 | 45,3 |
| 04 Justiz | 104,0 | 111,7 | 111,8 | 111,6 | 111,6 |
| 05 Bildung, Jugend und Sport | 21,4 | 53,1 | 51,2 | 40,3 | 17,6 |
| 06 Wissenschaft, Forschung und Kultur | 116,1 | 107,4 | 106,7 | 105,2 | 105,2 |
| 07 Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie | 180,8 | 182,2 | 185,9 | 192,7 | 174,0 |
| 08 Wirtschaft | 384,6 | 460,0 | 529,0 | 422,9 | 181,3 |
| 10 Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz | 339,1 | 319,8 | 315,3 | 284,3 | 284,3 |
| 11 Infrastruktur und Raumordnung | 669,7 | 638,4 | 635,4 | 637,7 | 635,5 |
| 12 Finanzen | 28,7 | 29,5 | 30,4 | 29,5 | 29,8 |
| 13 Landesrechnungshof | 0,4 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 14 Verfassungsgericht | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 15 Hochbaumaßnahmen | 23,9 | 20,9 | 20,0 | 22,0 | 20,7 |
| 20 Allgemeine Finanzverwaltung | 7.900,7 | 8.017,5 | 8.019,5 | 7.917,3 | 7.877,3 |
| Gesamteinnahmen | 9.811,0 | 9.986,3 | 10.052,3 | 9.809,6 | 9.482,6 |
| – Veränderung zum Vorjahr in v. H. – | | | | | |
| 01 Landtag | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 02 Ministerpräsident und Staatskanzlei | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 03 Inneres | -25,5 | 9,9 | 3,1 | -2,2 | -1,4 |
| 04 Justiz | -2,4 | 7,5 | 0,0 | -0,1 | 0,0 |
| 05 Bildung, Jugend und Sport | -68,1 | 148,6 | -3,5 | -21,2 | -56,4 |
| 06 Wissenschaft, Forschung und Kultur | -24,4 | -7,5 | -0,6 | -1,5 | 0,0 |
| 07 Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie | -31,4 | 0,8 | 2,0 | 3,6 | -9,7 |
| 08 Wirtschaft | 26,9 | 19,6 | 15,0 | -20,1 | -57,1 |
| 10 Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz | 8,7 | -5,7 | -1,4 | -9,8 | 0,0 |
| 11 Infrastruktur und Raumordnung | -1,3 | -4,7 | -0,5 | 0,4 | -0,3 |
| 12 Finanzen | -39,6 | 2,7 | 2,9 | -3,0 | 1,0 |
| 13 Landesrechnungshof | — | — | — | — | — |
| 14 Verfassungsgericht | — | — | — | — | — |
| 15 Hochbaumaßnahmen | -7,8 | -12,3 | -4,6 | 10,0 | -5,8 |
| 20 Allgemeine Finanzverwaltung | 0,0 | 1,5 | 0,0 | -1,3 | -0,5 |
| Gesamteinnahmen | -1,0 | 1,8 | 0,7 | -2,4 | -3,3 |

Abweichung durch Rundung